

25-30 Proz. bei Stahl- und Eisenwerken sind keine Seltenheit...

Kompliziert wird die künftige Wirtschaftsentwicklung noch durch den ungeheuren Geldbedarf von Reich, Staaten und Gemeinden zur Verzinsung und Abtragung ihrer während des Krieges aufgenommenen Schuldenlast. Dr. W. Nathenau schätzt diese öffentlichen Lasten auf ca. 170 Milliarden Mark einschließlich der Tilgung der schwebenden Verpflichtungen, des Aufwandes für Wiederherstellungen und der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Selbst die Einziehung der großen Vermögen bis zu einem Drittel könnte die jährliche Zinslast von 8 1/2 Milliarden Mark nur wenig senken. Die Mehrausgabe für Arbeitslöhne und Gehälter gegenüber der Vorkriegszeit schätzt Nathenau auf 6 Milliarden Mark, so daß er mit einer Mehrbelastung der deutschen Wirtschaft von jährlich etwa 15 Milliarden Mark rechnet. Da es ausgeschlossen ist, daß Reich, Staaten und Gemeinden ihren Finanzbedarf allein durch Vermögensentziehungen und direkte oder indirekte Steuern aufzubringen vermöchten, so sind herabsetzende Eingriffe in das Wirtschaftsleben durch Verstaatlichung und Vergemeindlichung gewinnbringender Erwerbszweige und Betriebe unvermeidlich. Welche Industrien davon in erster Linie betroffen werden, läßt sich heute noch kaum sicher voraussagen. Vorkarbeiten zur Verstaatlichung sollen bereits hinsichtlich der Zigarettenindustrie, Spiritusindustrie und des Petroleumgroßhandels im Gange sein. Beim Getreidehandel, der schon im ersten Kriegsjahre monopolisiert wurde, steht noch nicht fest, wieviel von diesem Monopol erhalten bleibt. Im übrigen bewegen sich alle Vorschläge für die künftige Finanzpolitik des Reiches in dem weiten Rahmen, der alle Möglichkeiten der staatlichen Gewinnbeteiligung von der indirekten Besteuerung bis zum Staatsbetrieb in eigener Regie umfaßt. Dabei dürften Erwerbszweige, die sich mit der Ausbeutung von Erdschätzen, Wasserläufen und natürlichen Kraftquellen befassen, zunächst in Betracht kommen, ebenso Unternehmungen des Verkehrs, der Wasser-, Licht- und Kraftversorgung. Aus strategischen Gründen wird die Verstaatlichung der Nahrungsmittelindustrie, vielleicht mit Ausnahme der Backwaren- und Lederwarenherstellung, in Erwägung gezogen werden. Nahelegend erscheint auch die Verstaatlichung solcher Unternehmungen, deren hauptsächlichste Abnehmer Reich, Staat und Gemeinden sind. Entschieden besteht Neigung dafür, gewisse Lebensmittelindustrien und Zweige des Versicherungsgewerbes sowie der Rohstoffindustrie zu monopolisieren. Ueber die Formen, in denen die Aneignung des Unternehmergewinns sich vollziehen wird, stehen noch alle Entscheidungen aus. Es steht indes außer Zweifel, daß diese Entscheidungen, sobald sie getroffen werden, geeignet sind, die Volkswirtschaft nach dem Kriege in weitgehendster Weise zu beeinflussen und umzugestalten. Von diesen Umgestaltungen werden auch die Arbeiterinteressen stark in Mitleidenchaft gezogen. Es beareit sich deshalb, daß die deutschen Gewerkschaften in ihrer Monopoleingabe an den Bundesrat und Reichstag rechtzeitig zu diesen Fragen Stellung genommen und ihre Forderungen formuliert haben...

In diesem gewaltigen Ringen fällt der Organisation der Arbeiter die große Doppelaufgabe zu, ihre eigenen Interessen im Rahmen dieser inhaltlichen Wirtschaft wahrzunehmen und dieses gemischt-wirtschaftliche System zielbewußt zur wahren Gemeinwirtschaft umzugestalten. Notwendiger denn je ist eine starke Gewerkschaftsbewegung als Gegengewicht gegen die Uebermacht der Monopolgewalt sich auswachsenden Unternehmerorganisation, nicht minder aber auch die berufene Wirtschaftsvertretung der Arbeiterklasse im Rahmen der nationalen Wirtschaftsentwicklung. Wo alle gegnerischen Kräfte sich mit der Nützung der Organisation umgeben, darf auch die Arbeiterkraft nicht zurückbleiben. Sie könnte vielmehr berufen sein, in dem Ringen zwischen Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft den Ausschlag zu geben, wenn sie eine Macht repräsentiert, ohne die keine Wirtschaftspolitik aufzuande gebracht werden kann. Das Zeitalter der Organisationswirtschaft muß auch das Zeitalter der organisierten Arbeit werden!

Vom Schlachtfelde der Arbeit.

Nicht nur der furchtbare Weltkrieg vernichtet Schlachtfelder von Menschenleben und Menschengeundheit, auch die sogenannte „friedliche“ Arbeit dahem. fern vom Donner der Geschütze und dem Rattern der Maschinengewehre, fordert ihre Opfer. Und es ist ein furchtbares Bild, das uns die jetzt vom Reichsversicherungsamt bekanntgegebene Unfallstatistik für das Jahr 1916 entrollt.

9951 Tote und 103 184 Schwerverletzte.

das ist der Tribut, den die Arbeiterschaft auf dem Schlachtfelde der Arbeit hat zahlen müssen. Und die Zahl der Opfer ist im Jahre 1916, sowohl absolut

wie relativ, gegen das Vorjahr ganz erheblich gestiegen.

Die Statistik weist nach, daß bei allen Berufs-genossenschaften, den Trägern der Unfallversicherung, im Jahre 1916 erstmalig 103 184 Unfälle gegen 96 227 im Jahre 1915 entschädigt wurden. Von den Verletzten wurden 9951 (1915: 8969) getötet und 681 (1915: 644) wurden als dauernd völlig erwerbs-unfähig befunden. Da aber nur die Unfälle entschädigt werden, die Arbeitsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen zur Folge hatten, so ist das nur ein kleiner Teil der gemeldeten. Insgesamt betrug die Zahl der im Jahre 1916 gemeldeten Unfälle 606 056, gegen 591 504 im Jahre 1915; das sind 14 552 mehr als im Jahre zuvor.

Auf 1000 Kollarbeiter — die zu 300 Arbeitstagen im Jahre berechnet werden — betrug bei den gewerblichen Berufs-genossenschaften die Zahl der gemeldeten Unfälle 65,57 (1915: 63,96), der entschädigten Unfälle 8,29 (7,49), der Getöteten 0,95 (0,85).

Sehr stark ist die Zunahme der verletzten Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter. In welchem Maße sich die Zahl der Beschädigten dieser Kategorien vermehrt hat, ist aus den Verichten der Berufs-genossenschaften nicht ersichtlich, weil wohl die Verletzten, nicht aber die Beschäftigten nach Alter und Geschlecht geschieden werden. Die nachstehende Zusammenstellung läßt die während des Krieges eingetretene Verschiebung deutlich erkennen.

Zahl, Alter und Geschlecht der Verletzten bei den 68 gewerblichen Berufs-genossenschaften

Table with columns: Jahr, Erwachsene (männlich, weiblich), Jugendliche unter 16 Jahren (männlich, weiblich). Rows for years 1913, 1914, 1915, 1916.

Wenn man in Betracht zieht, daß diese Zahlen sich nur auf die entschädigten Unfälle, also nur auf die schweren Verletzungen beziehen, dann wirkt die im Jahre 1916 eingetretene Steigerung wahrhaft erschreckend. Die Zahl der verletzten Männer ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, weit stärker ist aber die Steigerung der Zahl der verletzten Frauen und Kinder. Bei den landwirtschaftlichen Berufs-genossenschaften ist die Zahl der verletzten Frauen und Kinder absolut weit größer, doch ist während des Krieges eine solche Steigerung wie bei den gewerblichen Berufs-genossenschaften nicht eingetreten.

Zahl, Alter und Geschlecht der Verletzten bei den 49 landwirtschaftlichen Berufs-genossenschaften.

Table with columns: Jahr, Erwachsene (männlich, weiblich), Jugendliche unter 16 Jahren (männlich, weiblich). Rows for years 1913, 1914, 1915, 1916.

Die Ursache für diese Steigerung der Unfallhäufigkeit der Frauen und Jugendlichen ist darauf zurückzuführen, daß sie während des Krieges in weit stärkerem Maße an der Erwerbsarbeit beteiligt sind, dann aber auch zu recht gefährlichen verrichtungen herangezogen werden, die ihnen früher verschlossen waren. Hinzu kommt noch die weit ausgedehnte Arbeitszeit und daß alle Bemühungen auf volle Wiedereinführung der Schutzbestimmungen für weibliche und jugendliche Arbeiter erfolglos geblieben sind. Ein wunder Punkt ist auch die mangelhafte Aufsichtsführung der Betriebe. Die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten zeigt nach den Nachweisungen zwar nur einen unbedeutenden Rückgang, das kommt aber daher, daß die durch Seeresdienst ihrem Wirkungsfreis entzogenen Beamten mitgezählt werden. Tatsächlich läßt die Revision der Betriebe alles zu wünschenswerten übrig.

Die Berichte der Berufs-genossenschaften weisen auf die erschreckende Zunahme der Unfälle besonders der weiblichen und jugendlichen Arbeiter hin. Sie sind ein weiteres Argument für unsere Forderung auf Ausbau des Arbeiterschutzes und Wiedereinkreisung der Arbeiterschutzbestimmungen. Die Steigerung der Unfallhäufigkeit ist eine schwere Anlage gegen die Organe, denen die Ueberwachung des Arbeiterschutzes obliegt. Hoffentlich fühlt sich auch die Reichsregierung endlich veranlaßt, diesen Dingen das notwendige Interesse entgegenzubringen.

Bericht der zehnten Schlichtungskommissionssitzung für das Leder-ausrüstungsgewerbe Dresden.

In der Sitzung am 16. April standen 4 Streitfälle zur Verhandlung. Den Vorsitz führt Herr Richard Hänel.

Die in der vorigen Sitzung bereits zurückgestellte Klage gegen die Firma Schmidt u. Co.,

M a b e n a u, mußte wegen Nichterscheins der Firma wiederum zurückgestellt werden. Es soll Beschwerde bei der Selbstzeugemeisterei gegen die Firma geführt werden.

Der Verband der Sattler und Portefeuller klagt gegen die Firma L. Glück, Reitbahnstraße, auf Nachzahlung von je 14 Pf. pro Stunde für 11 Arbeiterinnen und 7 resp. 12 Pf. für 3 Arbeiterinnen auf die Zeit vom 5. November 1917 bis April 1918, ferner für 4950 Tränkeimer von 22 Pf. pro Stück. Die Arbeiterinnen haben Geschloßkörbe belebert, obwohl Affordpreise bestanden, mußten sie in Stundenlohn arbeiten und erhielten nur den Hilfsarbeiterinnenlohn, sie haben aber zumindest Anspruch auf Handnäherrinnenlohn, für Tränkeimer sind in Afford nur 32 Pf. pro Stück bezahlt worden, Tarifpreis ist 54 Pf.

Die Firma behauptet, die Arbeiterinnen seien mit dem gezahlten Lohn zufrieden gewesen, bei dem Belebern der Geschloßkörbe sei an Stelle des Leders Gurt verwendet worden und von der Veränderung stehe nichts im Reichstarif. Den Arbeiterinnen sei der Hilfsarbeiterinnenlohn nach dem Reichstarif gezahlt worden, als Handnäherrinnen kämen diese nicht in Frage. Der Vorsitzende und auch die Beisitzer erklären dem Vertreter der Firma, daß diese Ansicht irrig ist, es sei gleich, ob die Körbe mit Gurt oder Leder belebt worden sind, unter den Reichstarif fallen sie unbedingt. Daß für die Tränkeimer nur 32 Pf. bezahlt worden sind, bestreitet die Firma, es käme zu diesem Preis noch das Umreiben des Stoffes, was mit 8 Pf. pro Eimer berechnet sei, auch ist der Boden mit zwei Stichen eingestrichelt worden und berechnet dafür die Firma 4 Pf. Diese Arbeiten sind in Lohn hergestellert worden. Als Zeugin in dieser Sache wird eine Arbeiterin der Firma vernommen, diese bestätigt im wesentlichen die Angaben der Kläger und gibt 30 1/2 Pf. für die bezahlte Affordarbeit an. Zu einem Vergleich ist die Firma nicht geneigt.

Die Schlichtungskommission beschließt: Die Firma wird verpflichtet, den 11 Arbeiterinnen je 14 Pf. und den 3 Arbeiterinnen 7 resp. 12 Pf. pro Stunde auf die Zeit vom 5. November bis April nachzuzahlen. Für die 4950 Tränkeimer sind 20 1/2 Pf. pro Stück nachzuzahlen.

Um dasselbe Streitobjekt handelt es sich auch bei der nächsten Klage gegen die Firma S. Frenscholtz, Am See 34. Dort wird für circa 40 Arbeiterinnen auf eine Nachzahlung von je 14 Pf. pro Stunde auch auf die Zeit vom 5. November 1917 geklagt. Es wurden ebenfalls Geschloßkörbe belebert.

Die Firma hat im November 1917 der Selbstzeugemeisterei mitgeteilt, daß sie den Tariflohn zahle, in Wirklichkeit hat sich aber die Firma entschieden dagegen geäußert. Der Vertreter der Firma erklärt, daß diese Arbeiten nicht unter den Tarif fallen, es sei auch ein auskömmlicher Lohn gezahlt worden, die Arbeiterinnen haben 27 bis 30 Mk. pro Woche verdient.

Auch hier versucht der Vorsitzende, die Firma von ihrer irrigen Ansicht abzubringen, trotzdem wird ein Vergleich mit dem Vertreter der Firma abgelehnt.

Die Firma wird nun ebenfalls zur Nachzahlung von je 14 Pf. pro Stunde für circa 38 Arbeiterinnen auf die Zeit von 23 Wochen verurteilt.

Gegen die Firma G. E. Leuner, Bauken, lag eine Klage auf Nachzahlung von je 2 Mk. für 219 Tragetiergeschirre vor. Da Herr Leuner sich zu einer Regelung dieser Angelegenheit dem Herrn Vorsitzenden gegenüber bereitwillig halte, wird diese Klage zurückgezogen.

Bericht über die Sitzung der Schlichtungskommission für das Leder-ausrüstungsgewerbe Nürnberg.

Unter dem Vorsitz des Herrn F. Rissingner wurde am 10. April verhandelt:

1. Die Firma W u n d e r l i c h u. C o. in N ü r n b e r g fertigt 300 Packtaschen zum Armesattel 76, wofür sie einen Arbeitslohn von 5,75 Mk. inklusive Kriegszuschlag bezahlt. Die Firma, vertreten durch Hrl. Böll, bestreitet, daß diese Packtaschen identisch sind mit der Packtasche nach Hof. 197 des alten Reichstaris, während der Kägerliche Verband der Sattler und Portefeuller für die Packtasche diese Position beansprucht und 57 1/2 Pf. Nachzahlung fordert (10 Proz. Kriegszuschlag). Die Schlichtungskommission beschließt, daß der Vorsitzende bei den Artilleriemeristarten in München Auskunft einholt, wozu die die Firma Wunderlich eine der strittigen Packtaschen als Muster zur Verfügung stellt. Der Entscheidung der Artilleriemeristarten verspricht die Firma Wunderlich sich zu fügen.

Für eine fernere Anzahl von etwa 150 Packtaschen (Hof. 11 Nachr. 7 des Tarifs) anerkennt die Firma Wunderlich eine Arbeitslohnifferenz von 45 Pf. pro Stück und verspricht die Nachzahlung.

2. Die Firma H. S t e r n u. C o. in N ü r n b e r g, vertreten durch deren Inhaber Herrn Rosenheim, verpflichtet sich im Wege des Vergleichs zum

vollständigen Ausgleich aller Differenzen auf frühere Brotbeutelarbeiten den Arbeiterinnen Hagel und Meinardi je 50 Mk. zu bezahlen; weitere Ansprüche, von welcher Seite sie auch kommen mögen, werden von der Schlichtungskommission nicht mehr anerkannt werden.

3. In der Sitzung vom 10. November 1917 wurde der nicht erschienene Sattlermeister Josef Kohles in Staffelftein beurteilt, dem Sattler Gg. Will in Bamberg 63,85 Mk. zu wenig erhaltenen Lohn nachzuzahlen. Die Nachzahlung ist bis heute nicht erfolgt. Der anwesende Herr Josef Kohles anerkennt heute die Forderung und verpflichtet sich, den geforderten Betrag von 63,85 Mk. zu Händen des Vorsitzenden behufs Uebermittlung an den Kläger Will innerhalb acht Tagen einzufinden.

4. Der Sattlermeister Jos. Kohles in Staffelftein, vertreten durch den Arbeiterssekretär Herrn Reinbl, klagt gegen die Firma Josef Stoczek in Buttenheim auf Nachzahlung zu wenig bezahlter Arbeitslöhne auf verschiedene Artikel, hauptsächlich circa 27 000 Stück Traggarnituren zu Geschloßhörben für 15-Zentimeter Langgranaten (Pos. 223 des Reichstaris). Die Arbeiten wurden 1915/16 schon ausgeführt, infolgedessen ist die Schlichtungskommission gemäß Entscheidung des Tarifamts nicht mehr in der Lage, von sich aus die Angelegenheit zu behandeln, weil mehr als sechs Monate zurückliegen. Sie stellt jedoch antragsgemäß fest, daß für die geleistete Arbeit nach vorgelegtem Muster, das von beiden erschienenen Parteien anerkannt wird, ein Arbeitslohn von 18 Pf., zuzüglich 20 Proz. Kriegszuschlag, also insgesamt 21,6 Pf. als angemessen zu betrachten sei. Da die Firma Stoczek nur 14 Pf. bezahlt hat, besteht tatsächlich eine Minderbezahlung und müßte die Klagepartei auf den Zivilweg verwiesen werden, wenn sie ihren Anspruch geltend machen will. Auf Anraten sämtlicher Mitglieder der Schlichtungskommission einigen sich nach langer Debatte die Streitparteien auf einen Vergleich, wonach die Firma Stoczek zum vollständigen Ausgleich aller Forderungen des Herrn Kohles den Betrag von 1200 Mk. bezahlt; der Betrag soll dem Vorsitzenden zur Weiterleitung übergeben werden.

5. Der Klage des Sattlermeisters Hans Popp in Staffelftein, vertreten durch seine Ehefrau, gegen die Firma Stoczek in Buttenheim liegen ebenfalls Lieferungen aus dem Jahre 1916 zugrunde. Auch hier handelt es sich um 31 670 Traggarnituren für 15-Zentimeter-Langgranaten-Hörbe, wofür 14 Pf. bezahlt worden sind, während die Schlichtungskommission, wie im vorherigen Fall Kohles-Stoczek, einen Arbeitslohn von 18 Pf. und 20 Proz., also 21,6 Pf. für angemessen feststellt.

Da Frau Popp erklärt, unter keinen Umständen sich auf einen Vergleich einlassen zu wollen, muß die Schlichtungskommission die Sache, weil nach ihrer Bestimmungen verfahren, zurückweisen und die Parteien auf den Zivilweg verweisen.

6. Dem Hülfsattler H., der gegen die Firma Stoczek in Buttenheim Ansprüche für nicht bezahlte Feuerzuschläge, zu wenig bezahlte Stundenlöhne und für 12 Tage Arbeitsverhältnis wegen nicht rechtzeitig erhaltenen Abfahrtscheins von insgesamt 2 173,8 Mk. erhebt, werden, nachdem festgestellt wurde, daß dieser Anspruch nur zum Teil berechtigt ist, von der Schlichtungskommission 75 Mk. zugesprochen und dieser Betrag sofort zum Ausgleich aller Ansprüche ausgezahlt.

**Zu den Betrachtungen über die jetzige finanzielle Lage unserer Ortsverwaltungen.**

In der Nr. 17 unserer Verbandszeitung behandelt der Kollege Otto Künninger, Ulm, die Frage der Neuregelung des örtlichen Beitragsteiles. Er spricht den Wunsch aus, den örtlichen Beitragsteil auf 10 resp. 15 Pf. zu erhöhen. Wenn auch etwas Verechtigung in diesem Wunsche liegt, so schießt Kollege Künninger doch etwas weit übers Ziel, denn es hieße doch ein Drittel bis die Hälfte der Beitragserhöhung den Ortsverwaltungen zuzuführen, woran wohl bei der Beitragserhöhung niemand gedacht hat. Im vierten Quartal 1917 haben von 106 Ortsverwaltungen unseres Verbandes 88 übrige Beitragsteile eingefandt, das sind reichlich ein Drittel aller Ortsverwaltungen. Es ist zuzugeben, daß ein Teil dieser Ortsverwaltungen schließlich zurzeit nicht die geeigneten Kollegen zur Hand haben, um die Agitation so zu betreiben, wie es notwendig wäre, die dann auch keinen Heberjuch hätten, sondern auch aus lokalen Mitteln das Defizit decken müßten. Besteres steht nun Kollege Künninger als etwas Rechtsmidriges an, wozu die Kollegenschaft keine Verpflichtung hat. Aber ist es denn wirklich so schlimm, wenn aus der Lokalkasse ein kleiner Beitrag zur Befreiung der örtlichen Ausgaben verwendet wird?

Geschieht denn das nicht auch im Interesse der Kollegen? Manche Lokalkassen können ja weber leben noch sterben, da heißt es eben, entweder die Lokalkassen ganz aufheben oder sie so ausbauen, daß sie auch den Anforderungen gerecht werden können. Der Wert des Geldes ist ja heute kaum ein Drittel dessen, was er bei Kriegsausbruch war, und mit dem erhöhten Beitrag zahlen wir ja nicht einmal das, was früher gezahlt wurde. Die Beitragserhöhung kam eben etwas reichlich spät, und wenn ein Verbandstag notwendig wäre, dann in erster Linie, um die finanzielle Lage unseres Verbandes ins Gleichgewicht zu bringen. Das Wie soll heute nicht erörtert werden, aber mit der Beitragserhöhung von 10 resp. 15 Pf. werden die Unterstützungseinrichtungen nicht wesentlich ausgebaut werden können, denn es gibt ja noch andere, auch sehr wichtige Aufgaben zu lösen; ich meine die Neugestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nach Friedensschluß. Einzelne Branchen unseres Berufes liegen doch heute vollständig brach, und hier muß wieder so gut wie von vorn angefangen werden. Dieser Frage wird seitens unserer Kollegen viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, aber wer einmal einen Blick in die Arbeitgeberzeitung wirft, wird feststellen müssen, daß, wenn man sich mit dem Abbau der Löhne beschäftigt, unser Beruf mit an erster Stelle genannt wird. Ja sind denn unsere Löhne aber wirklich so hoch? Lassen wir da amtliche Zahlen des Kaiserlich Statistischen Amtes reden. Der Durchschnittsverdienst für männliche Beschäftigte in der Lederindustrie stieg von 5,04 Mk. im März 1914 auf 6,28 Mk. im September 1916, das sind 25 Proz. In der gleichen Zeit stieg aber nach Calver der wöchentliche Nahrungsmittelaufwand für eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von 25,08 Mk. auf 53,55 Mk. oder um 113 Proz. Wenn auch die Löhne im Jahre 1917 eine weitere wesentliche Aufbesserung erfahren haben, so sind aber auch die Preise der Lebensmittel, von den Preisen der anderen Bedarfsartikel gar nicht zu reden, ebenfalls bedeutend höher gestiegen. Aber selbst wenn wir diese Zahlen anzweifeln wollten, so wissen wir aus eigener Erfahrung, die heutigen Löhne sind in Wirklichkeit bei weitem kein Ausgleich für unsere heutige Lebenshaltung, obwohl jeder ehrliche Kollege zugestehen muß, daß unsere Organisation in hervorragender Weise die Interessen unserer Berufsangehörigen in der Kriegszeit gewahrt hat. Und werfen wir einmal einen Blick in unsere Arbeitgeberorganisationen, wie die in der Kriegszeit ausgebaut worden sind. Beim ersten Tarifabschluß in der Militäreffektenbranche hatten wir nur mit einer erst neu gegründeten Unternehmerorganisation zu tun, beim diesmaligen Abschluß sind es derer schon 7 geworden. Und kein einflussreicher Kollege wird wohl glauben, daß diese Organisationen wieder mit dem Friedensschlusse verschwinden. Im Gegenteil, die Fabrikanten sind fast alle kapitalstark geworden, sie werden ihre Organisationen weiter ausbauen event. wirksam umgestalten und es wird dann harter Kämpfe bedürfen, um die berechtigten Forderungen der Kollegen zur Verfeinerung zu bringen. Man hat uns doch bei den letzten Verhandlungen über den neuen Reichstaris nicht im Unklaren gelassen, daß es der letzte Reichstaris ist, den die Fabrikanten abschließen wollen. Sie halten die Forderungen der Kollegen für viel zu weitgehend. Ja, können wir aber auf den Reichstaris verzichten? Wir dürfen also nicht Richtungspolitik treiben, sondern müssen in allen Organisationsfragen großzügiger handeln. Und nun noch eins. Kollege Künninger wirft die Frage auf: Ist die Abhaltung eines Verbandstages in diesem Jahre möglich? Die Gründe, die er anführt, wie Schwierigkeiten der Eisenbahnverhältnisse oder der Verpflegung, sind wohl ernstlich als Gründe nicht erwohnen worden doch liegen bei uns die Verhältnisse anders wie bei den Bauarbeitern, die Kollege Künninger zum Vergleich anführt. Unser Beruf ist fast vollständig auf Kriegsproduktion eingestellt, ein großer Teil der Kollegen ist nur vorübergehend im Beruf tätig und hat bei weitem kein so großes Interesse an unserer Organisation als unsere alten Kollegen. Daß die Zeitverhältnisse immer mehr für die Abhaltung eines Verbandstages sprechen, läßt sich wohl schwer von der Hand weisen. Ja läßt sich auch schließlich den Schleier von einem offenen Geheimnis, wenn ich sage, daß sich die leitenden Instanzen sehr ernstlich mit der Abhaltung eines Verbandstages beschäftigen, doch wird sich unser Statut in seinen jetzigen Bestimmungen zur Abhaltung eines Verbandstages nicht ganz eignen. Wir dürfen wohl das Vertrauen zu unserer Verbandsleitung haben, daß sie zur gegebenen Zeit das Nichtigste trifft. Dann heißt es aber richtiger: gebt der Zentralleitung die Mittel, die zur geordneten, gesicherten Führung des Verbandes notwendig sind.

Georg Eisner, Dresden.

**Adressenänderungen.**

Erlangen. K. Josef Schem, Feldstr. 3 I.

**Sterbetafel.**

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder  
 Otto Meinhardt, Dresden, 39 Jahre alt,  
 Adam Fischer, Nürnberg, 28 Jahre alt,  
 Christian Stirnweiß, Nürnberg, 21 Jahre alt.  
 August Heberhagen, Hilbesheim, 22 Jahre alt.  
 Albert Hähner, Freiberg i. Sa., 24 Jahre alt.

Berlin. Am 22. April verstarb unser langjähriges Mitglied, der Tischler Karl Volkert, im Alter von 50 Jahren.

Dresden. Am 27. März starb unser Mitglied Deswald Böhme im Alter von 62 Jahren.

— Am 28. März starb unser Mitglied Karl Kugler im Alter von 27 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

**Ortsverwaltung Berlin.**

Achtung! Militärbranche! Achtung!

Am Dienstag, den 7. Mai 1918, abends pünktlich 6 Uhr, im „Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15

**Branchen-Versammlung.**

Tagesordnung:

1. Geschäftliches.
2. Bericht über die bisherige Tätigkeit der Branchenleitung.
3. Neuwahl der Branchenleitung und Kommission.
4. Die Vorschläge über die Mietpreise.
5. Verschiedenes.

Achtung! Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der wichtigen Tagesordnung halber ersuchen wir um recht zahlreichen Besuch.

Die Branchenleitung.

Wir suchen

**Lederstepper- oder Stepperin**

C. Leichen & Co.,

Fabrik für Militär-Lederausstattung, Köln-Nippes, Geldernstraße 46.

**Kantennähmaschine Mars,**

wenig gebraucht und sehr gut erhalten, zu verkaufen.

Rhenania, Viersen.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

**Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.**

Gegründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franko.

**Prima Lederichwärze**

liefert

**Chemische Fabrik Köthen, Köthen-Anhalt.**

**Bett-Federn**

Zarte Füllfedern p. Pfd. Mk. 3,—, Halbdaunen Mk. 3,75, do. zart und weich Mk. 4,50.

**Gänse-Federn**

Feine weiße Halbdaunen Mk. 8,50, hochfeine sibirische Mk. 9,50 b. Mk. 16,—, Schleißfedern Mk. 7,50, weich und daunenreich Mk. 8,75, graue Daunen, schwellend, Mk. 9,—, weißer Daunenflaum Mk. 14,— b. Mk. 23,—, 3—4 Pfd. f. eine Decke. Must. u. Katal. frei. Nichtgefallend, Geld zurück. 60000 Kunden, 20000 Dankschreib. Bettfederngroßhandlung

Th. Kranfuß, Kassel 175,

Aeltestes und größtes Versandhaus daselbst.

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

# Sattler

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gepaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Cedertwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 19 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-  
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 10. Mai 1918

**Inhalt.** Einheitsfront der Arbeiter. — Eine Verschleierung des Klassenkampfes. — Bleibende Mängel im Koalitionsrecht. — Warum bist du nicht organisiert? — Ist die Abhaltung eines Verbandstages in diesem Jahre möglich? — Sitzung der Stuttgarter Schlichtungskommission für das Lederandruckgewerbe. — Die Entlassung der im Jahre 1869 geborenen Landsturmlente. — Korrespondenzen. — Soziales. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Adressen-Veränderungen. — Briefkasten der Redaktion. — Oberbefehl. — Anzeigen.

Für die Woche vom 12. Mai bis 18. Mai 1918 ist der 20. Wochenbeitrag fällig. Nur von den Verbänden gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

## Einheitsfront der Arbeiter.

Ein Blick in die Tagespresse irgendwelcher politischer Färbung oder sogenannten unparteiischen Zeitung beweist uns, daß wir im Zeichen der Vorarbeiten für die Uebergangswirtschaft und der Neuorientierung auf fast allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens stehen. Neue Gesetze sind in Vorbereitung, alte, als lästig empfundene, sollen beseitigt, eingeschränkt bzw. den neu entstehenden Verhältnissen angepaßt werden. Innerhalb jeder Erwerbsgruppe ist ein Wettstreit um die besten Sicherungen für alle Fälle des Lebens im Gange, so daß der Eindruck erweckt werden könnte, alle Stände des deutschen Volkes sind ernstlich dabei, nicht nur die heimkehrenden Krieger, sondern alle Volksgenossen auf Rosen zu betten. Doch wer, wenn auch nur oberflächlich, die in den Unternehmerinteressen dienenden Blätter veröffentlichten Aufsätze über Neuorientierung oder Uebergangswirtschaft liest, wird bald die Ueberzeugung gewinnen, bei ihnen handelt es sich weniger darum, dem Wohle der Allgemeinheit, sondern rein egoistischen Zwecken der eigenen Klasse und Rasse zu dienen. Ob es sich um die Beschaffung von Rohstoffen handelt, um die vorläufige Weiterführung der Kriegswirtschaft nach dem Kriege, um Steuern, um freizeitleiche Ausgestaltung des Wahlrechts und des Koalitionsrechts, um Monopolisierung, Syndizierung und Verstaatlichung irgendwelcher Industrien oder Produkte der Landwirtschaft, nichts wird von dem Standpunkt aus erwogen, wie ist die Wirkung auf das Allgemeinwohl, sondern wie kann jede Gruppe für sich am ehesten und besten ihren Vorteil wahren.

Während draußen Millionen erprobter Kämpfer ohne Unterschied des Standes im Zivilleben ihr Alles hingeben, um Deutschlands Kluren vor feindlichen Eingriffen zu schützen, Deutschlands Volkswirtschaft, sein Handel, Gewerbe, seine Landwirtschaft und seine Industrie zu erhalten, damit es nach dem Kriege seine hervorragende Stelle auf dem Weltmarkte wieder einnehmen kann, während daneben mit übermenschlicher Kraft, außerordentlichen Anstrengungen und übergroßen Entbehrungen das Volk nie geahnte Leistungen vollbringt; Männer und

Frauen, Greise und Kinder für die Allgemeinheit arbeiten, sehen wir, wie Agrarier und Schwerindustrielle unter Nichtachtung königlicher Versprechungen, dem Volke jedes Quentchen Erweiterung seiner Rechte vorenthalten, mit schwarzen Listen berechnete Arbeiterforderungen unterdrücken, Arbeitswilligenheere organisieren und gelbe Organisationen finanziell unterstützen.

Viele Kriegsgewinnler und sonst reich Gewordene glauben ihr schlagendes Gewissen am besten damit zu beruhigen, wenn sie dem Volke für seine übermenschlichen Anstrengungen und Entbehrungen während des Krieges dadurch danken, daß sie mehr oder weniger große Summen für irgendeine Stiftung hergeben. Wird doch ihr Wohltätigkeitsfingerring in den Zeitungen gelobt und was die Hauptsache ist, ein lang entbehrter Vogel findet ein noch leeres Knopfloch an der linken Rocktaschenklappe reserviert, wenn nicht gar der Titel Kommerzienrat winkt. Der Stiftungsbeitrag schmerzt weiter nicht, kann er doch später durch Lohnabbau oder sonst ein bewährtes System der Mehrwertpresserei wieder eingebracht werden.

Aber nicht so denkt sich die breite Masse des Volkes, insbesondere die freiheitlich organisierte Arbeiterschaft, die Neuorientierung und die Gestaltung der Uebergangswirtschaft. Was sie will ist ein neues Deutschland, nicht neu durch Abtretung fremder Gebietsteile oder Abtretung eigenen Landes an jetzt ihm feindlich gesinnte Mächte, sondern neu innerhalb der jetzigen Grenze, durch grundlegende Veränderungen der kapitalistischen Gesellschaftsform.

Verderbliche Illusion wäre die Hoffnung zu erwecken, auf die Trümmer des Krieges, aus denen der Kapitalismus wunderbar gestärkt hervorgeht, unvermittelt eine neue und wohlgefällige Welt zu bauen. Erstens werden die jetzt Gewaltigen ihre Machtstellung nicht freiwillig aufgeben und dann fehlt zurzeit der fundamentale Unterbau für die zu erstrebende Weltordnung. Bildlich gesprochen: Stein um Stein muß von den veralteten Verliesen abgetragen, soweit Eignung noch vorhanden, behauen und modern umgearbeitet oder zur Schotter zer schlagen werden. Dann den Boden gut fundamentiert, geschulte Arbeiter herangezogen und der Neubau wird hochgebracht und wartet seiner einziehenden zufriedenen Bürger.

Die Wahlrechtsverhandlungen im preussischen Landtage mit ihrem negativen Erfolg für die Volksmehrheit, die Beschlüsse der Arbeitgeberorganisationen und gelegentliche Neußerungen der Scharfmacher weisen mit zwingender Notwendigkeit darauf hin, daß die Arbeiter in einheitlicher und geschlossener Front zur Wahrung ihrer Naturrechte fest zusammenstehen müssen. Diese Erkenntnis hat sich während des Weltkriegen Bahn gebrochen und sie wird zum Ziele führen. Sichtbaren Ausdruck findet sie in dem Zusammenarbeiten der Leitungen der ver-

schiedenen Organisationsgruppen auf sozialpolitischem und gesetzgeberischem Boden, was dazu beitragen wird, daß die gegenseitige, oft in häßliche Formen gekleidete Bekämpfung nicht mehr zum Rüstzeug gewerkschaftlicher Methoden gehört. Nicht Weltanschauungen, nicht Religionsbekenntnisse, nicht Alter und Geschlecht dürfen fürderhin trennende Momente im proletarischen Kampfe um Arbeiterrechte sein. Innig verbündet werden die Arbeiter den Sieg erringen.

Ohne Zweifel wird auch mit manchen Vorurteilen gebrochen, viel Veraltetes, weil unnützer Ballast, über Bord geworfen werden müssen. Was aber mit Treue festgehalten werden muß, ist Aufklärung und Belehrung.

Nicht jeder einzelne für sich, sei er auch der beste und tüchtigste, ist imstande allein, das Ziel zu erreichen. Wer den Wohlstand der Gesamtheit und damit auch für sich erstrebt, muß sich eng mit seinen Berufsgenossen verbinden. Das geschieht am zweckmäßigsten in seiner Berufsgewerkschaft. Nach Hunderttausenden zählt noch das Meer derjenigen, die abseits am Wege stehen, wohl an den Erfolgen gewerkschaftlichen Ringens teilzunehmen, aber nicht an ihren Kämpfen. Hier gilt es immer wieder und wieder mit erneuten Kräften einzusetzen, um das Bollwerk des Indifferentismus niederzureißen. Je länger die Vastille der Gleichgültigkeit steht, je weiter ist der Zeitpunkt des endgültigen Sieges entfernt. Diese Binsenwahrheit muß noch mehr zum Gemeingut aller Arbeitnehmer werden. Erst wenn sie überall begriffen und danach gehandelt wird, ist die Möglichkeit gegeben, durchgreifend und wirksam die Interessen der breitesten Volksmassen zu vertreten.

Bevor der Krieg ausbrach, waren bereits mehr als 2½ Millionen Arbeiter fr-gewerkschaftlich organisiert, das heißt sie waren gewillt, im Sinne vorstehender Ausführungen zu wirken. So weit die Entlohnung, Arbeitszeitverkürzung und das Tarifwesen in Betracht kommt, sind die Erfolge dieser Bestrebungen auch nicht ausgeblieben. Leider hat der Krieg weit über die Hälfte aus ihren bisherigen Wirkungskreis gerissen, an deren Stelle nun unorganisierte, meist weibliche getreten sind. Ein Teil von ihnen hat bereits den Weg zur Organisation gefunden, hier muß Aufklärung und Belehrung einziehen, um so alle Lücken auszufüllen. Am zweckmäßigsten geschieht dies durch Lesen von Arbeiterzeitungen und Anhören von Vorträgen in Versammlungen. Des weiteren empfiehlt es sich, Werkstattbesprechungen anzubereiten, wo noch nicht gegeben, Vertrauensleute zu wählen, welche dann in regelmäßigen Zusammenkünften Stellung zu Berufs- und Organisationsfragen nehmen. Hier können auch die Adressen der zu den Fahnen einberufenen Kollegen gesammelt und versucht werden, mit unsern Feldgrauen in nähere Fühlung zu kommen. Ständiges Zusammenarbeiten

der Ortsverwaltungen mit den Vertrauenspersonen wird dazu beitragen, daß die Gewerkschaften bei der Demobilisierung und bei Eintritt des Friedensstandes alle an sie gestellten Anforderungen vollauf entspricht, damit die Kriegsentlassenen ihren Verband wieder so antreffen, wie zur Zeit, als sie ihn verlassen mußten.

### Eine Verschleierung des Klassen-gegenatzes.

Der langjährige Leiter der Presseabteilung unseres Auswärtigen Amtes unter vier Reichskanzlern, der Geheimrat Otto S a m a n n, hat kürzlich unter dem Titel „Der neue Kurs“ seine Lebenserinnerungen herausgegeben, die besonders unsere innere politische Entwicklung unter den beiden Reichskanzlern Caprivi und Hohentlohe behandeln. Er geht von der Absicht aus, die sozialdemokratisch gesinnte und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft mit den neuen Verhältnissen auszuföhnen, indem er ihr die Zeit nach dem Tode Bismarcks menschlich näher zu bringen sucht. Er stellt die Behauptung auf, daß Bismarck allerdings ein unerböflicher Gegner der Sozialdemokratie gewesen sei und in ihrer gewaltigen Bekämpfung das einzige Rettungsmittel erblickt habe, aber daß nach seiner Entlassung im Jahre 1890 eingeschlagene neue Kurs sei entpungen aus dem Wunsche nach Versöhung mit den Arbeitern. Wenn dieser Wunsch nicht erfüllt worden, wenn es vielmehr zu häufigen scharfen Zusammenstößen zwischen Regierung und Sozialdemokratie gekommen sei, so erkläre sich dies daraus, daß unverantwortliche Ratgeber, die im Bismarckischen Geiste lebten, und unerböfliche Scharfmacher, die von einer Gleichberechtigung der Arbeiter nichts wissen wollten, einen verderblichen und verhängnisvollen Einfluß auf die maßgebenden Personen und Stellen, besonders auf den Kaiser, ausgeübt hätten. Durch diese Einflüsse sei die Behandlung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in falsche Bahnen gedrängt worden, was umgekehrt natürlich dazu geführt habe, die Sozialdemokratie immer staatsfeindlicher zu machen. Inzwischen habe die Regierung allmählich ungelert und ihre Stellungnahme zur Sozialdemokratie geändert, diese Aenderung habe schon mit Caprivi eingesetzt. Hammann führt zwei Stellen aus Reichstagsreden Caprivis an, die einen völlig anderen Geist atmen, als den des Gewaltpolitikers Bismarck: „Die Regierung kann wohl niederhalten, niederschlagen, damit ist die Sache aber nicht gemacht, die Schäden, vor denen wir stehen, müssen von innen heraus geheilt werden“, und ferner: „Wir müssen uns nicht angewöhnen, diesen Arbeiterstand immer mit einem pessimistischen Blick anzusehen, wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, auch diese Leute wiederzugewinnen.“ In diesem Sinne hätten einsichtige Regierungsleute gearbeitet, und die Folge dieser Verständigungsarbeit sei beim Ausbruch des Krieges deutlich zutage getreten. Mit Bedauern blickt der Verfasser auf die heillofen inneren Kämpfe jener Jahre zurück, wobei er die sehr richtige Bemerkung macht, daß es in der nachbismarckischen Zeit an dem nötigen Geschick, die Gegenjächte unter den Menschen menschlich, durch gegenseitige Aussprache, zu überwinden, völlig gefehlt habe. Es seien überall Scheidewände gezogen worden und kein Mensch habe den andern verstanden. Die Regierung habe die praktische Erfahrung und die Tüchtigkeit der Arbeitervertreter ungenutzt gelassen, was im Interesse einer innern Stärkung unseres Volkskörpers bedauert werden müsse. Das sei nun wesentlich anders geworden und werde hoffentlich auch so bleiben, damit sich unsere Zukunft nach den schweren Schlägen des Krieges wieder günstig gestalten könne.

Die vorstehenden, von uns kurz wiedergegebenen Ausführungen Hammanns stellen seinen Herzen sicherlich ein gutes Zeugnis aus. Leider aber muß ein Verständigungsfriede auf die Dauer stets scheitern an dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Die Kampfornen mögen sich ändern, die Kampfriten sich mildern und die Stellung der Regierung zwischen den

Kämpfenden mag unparteiischer werden, die Notwendigkeit des Kampfes bleibt bestehen. Und selbst wenn die deutschen Arbeiter gewillt wären, die Streitjacht zu begaben und auf dem Wege der friedlichen Verständigung ihr Geil zu versuchen, so würde diese Absicht doch zerschanden werden an dem Widerstand des Unternehmertums, das weder Lust hat, seine Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren anzuerkennen, noch ihnen den ihnen zukommenden Anteil an der Gütererzeugung einräumen will. Aus der Arbeiterzeitungsbergspreffe klingt uns der laute Hohn entgegen über den Traum einer Versöhung der Klassenbewußten Arbeiter mit den Unternehmern. Die Unternehmer wollen eben Herren im Hause bleiben und pfeifen auf die wirtschaftliche Demokratie, sie sind schon heute darauf bedacht, an den Löhnen zu knüdern und ihren eigenen Gewinn zu steigern und sie können kaum die Zeit erwarten, daß sie ihren Arbeitern wieder zeigen, wer denn eigentlich im Wirtschaftsleben zu bestimmen hat. Und auf politischem Gebiet sind diese selben Herren im Bunde mit dem rückschrittlichen Junkertum die ärssten Gegner einer Erweiterung der Volks- und Arbeiterrechte. Wie könnte da von einer Versöhung die Rede sein?

Allerdings können auch die Gegner der Arbeiterbewegung nicht mehr verkennen, daß ein einfaches selbstherrliches Beiseiteschieben der Arbeiterforderungen nicht mehr angebracht ist. Die Arbeiter sind zu einer Macht geworden, mit der man bei der Neugestaltung unseres wirtschaftlichen Lebens zu rechnen hat und sie sind auch viel zu selbstbewußt geworden, um sich beiseite schieben zu lassen. Darum muß mit der bisherigen Politik der gewaltigen Unterdrückung gebrochen und es muß ein neuer Weg eingeschlagen werden, um die Arbeiter zufriedenzustellen. „Um einen gedeihlichen Fortgang der Gütererzeugung zu sichern“, schreibt die „Deutsche Arbeiterzeitung“ bei einer Besprechung des Hammannschen Buches, „wird kaum etwas anderes übrig bleiben, als die Hauptgruppe der sozialdemokratischen Gefolgschaft, nämlich die Lohnarbeiterschaft, mehr als bisher von der Unerfölichkeit der Grundlagen unserer Wirtschaftsform zu überzeugen, um sie dadurch zu einer kritischen Nachprüfung der ihnen von ihren politischen Führern eingetrichterten Anschauungsweise zu veranlassen.“ Dies dürfte natürlich nicht auf dem Wege theoretischer Erörterungen geschehen, es müsse vielmehr praktisch dargetan werden, daß das Interesse der Unternehmer und Arbeiter an der Gütererzeugung ein gemeinsames ist. Bislang beruhe das Einkommen des Arbeiters lediglich auf dem Lohn, der von dem Ertrag des Unternehmens unabhängig sei, weshalb er kein Interesse habe an einem guten oder schlechten Geschäftsgange, sein Bestreben gehe ausschließlich darauf aus, den Arbeitslohn zu steigern, unbekümmert um die Lage des Geschäfts. „Der Klassenkampfgedanke fußt eben auf der Tatsache, daß die Lohnempfänger in des Wortes eigentlicher Bedeutung eine Klasse für sich bilden, die vollkommen gesonderte Interessen verfolgt und damit ganz von selbst in eine Frontstellung gegenüber dem Unternehmertum gedrängt wird.“ Aus dieser richtigen Erwägung heraus wird dann die Forderung gezogen, daß die Arbeiter eines Betriebes in irgendeiner Form an dem wirtschaftlichen Ertrag beteiligt werden müßten.

Der Artikelschreiber spricht sich nicht ganz klar aus, wie er sich die Sache in der Praxis denkt. Das System der Gewinnbeteiligung, das früher als ein gangbarer Weg zur Versöhung des Unternehmers mit dem Arbeiterinteresse angesehen wurde, lehnt er als ungeeignet ab. Es schwebt ihm offenbar die Möglichkeit vor, daß die Arbeiter kleine Aktien erwerben und auf diese Weise an dem Unternehmen beteiligt werden, wodurch sie ein Interesse gewinnen an dessen Gedeihen und sich der Solidarität zwischen Kapital und Arbeit bewußt werden. Sie sollen Gelegenheit bekommen, an der Erwerbswirtschaft aktiven Anteil zu nehmen, damit sie nicht immer nur Lohnempfänger bleiben, sondern zu Aktionären aufrücken. Dadurch, so meint man,

könne die Stellung der Arbeiterchaft zum kapitalistischen System im ungünstigen Sinne beeinflusst werden. Die Absicht läuft also darauf hinaus, die deutschen Arbeiter durch Zuhwendung kleiner Vorteile aus Klassenbewußten Kämpfern für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in solche für kapitalistische Interessen zu verwandeln und sie so mit dem Kapitalismus zu versöhnen. Der Plan ist ganz schlan ausgedacht, aber es scheint völlig ausgeschlossen, daß er Erfolg haben wird. Wer dies glaubt, kennt die deutschen Arbeiter nicht.

### Bleibende Mängel im Koalitionsrecht.

Die Regierung hat endlich den Gesetzentwurf über die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung eingebracht. Die Zustimmung des Reichstags ist außer Zweifel. Damit fällt ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter, und es wird ein neuer Schritt zur inneren Freiheit in Deutschland getan.

Aber so bedeutungsvoll und schätzenswert dieser Fortschritt ist, so notwendig ist andererseits die Warnung, ihn nicht zu überschätzen und die bleibenden Hemmungen des Koalitionsrechts nicht zu übersehen. Hemmungen, die teils durch die Gesetzgebung, teils durch den in Verwaltung und Rechtsprechung herrschenden Geist und endlich durch die wirtschaftlichen Machtverhältnisse verschuldet sind. Darauf machte in einem Vortrag im Frankfurter Gewerkschaftskartell Genosse Rechtsanwalt Dr. Einzheimer nachdrücklich aufmerksam.

Zunächst, so betonte Dr. Einzheimer, besteht immer noch der berüchtigte Expreserparagraf, wozu es als Erpressung ausgelegt werden kann, wenn ein Gewerkschaftsleiter versucht, auf einen Unternehmer einzuwirken, um einen Streik zu verhindern. Das Reichsgericht steht noch immer auf dem Standpunkt, daß es einen rechtswidrigen Vermögensvorteil bedeutet, wenn jemand 5 Pf. Lohn mehr haben will und etwa mit der Arbeitsniederlegung droht. In der „Arbeitgeber-Zeitung“ ist schon geschrieben worden, daß jeder Streik eine Erpressung ist. Nach dem Kriege aber wird vielleich eine Arbeitseinstellung tausendmal unangenehmer empfunden werden können, wenn alle Produktivkräfte angespannt werden müssen, wenn die Ansicht allgemein wird: Jeder Streik schädigt das Volksvermögen. Dann kann unter dem Expreserparagrafen noch viel, viel Unheil angerichtet werden.

Die zweite Hemmung ist, daß es immer noch möglich ist, das Streikpostenstehen zu verhindern. Wie die Pilze sind vor einigen Jahren die Polizeiverordnungen aus der Erde gewachsen, dadurch ist zwar das Streikpostenstehen an sich nicht verboten, aber es wird im „Interesse des Verkehrs“ nicht geduldet. Mit diesen Straßenpolizeiverordnungen, die es in das vom Richter nicht nachzuprüfende Ermessen jedes Schusmanns stellen, ob er den Verkehr als bedroht ansieht, wird das Koalitionsrecht praktisch zum Teil ausgeschaltet. Mit Gefängnis bis zu 6 Wochen kann hier zersöhnt werden, was an praktischer Koalitionsfreiheit übrig bleibt.

Die dritte Hemmung ist die, die von Unternehmerseite kommt. Er kann mit jedem Arbeiter verfahren, sich beschäfigte dich nur, wenn du so oder so koalierst bist oder gar keinem Verein angehörst, er kann schwarze Listen anlegen, kann einen parteiischen Arbeitennachweis führen, kann ihm Vermögensangaben entziehen und anderes mehr. Das sind private Beschwernisse, die dem Koalitionsrecht hindernd in den Weg treten, die Beschränkung der persönlichen Freiheit.

Damit ist die Liste noch nicht erschöpft. Zur Koalitionsfreiheit gehört der Koalitionskampf: Streik, Boykott. Nun bleibt aber bestehen der § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der bei einer Handlung, die gegen die guten Sitten verstößt, den anderen Teil zum Schadenersatz verpflichtet. Will können die Urteile, die einen Streik zur Abschaffung der Heimarbeit, zur Erlangung des Verbots der Nacharbeit oder zur Anerkennung der Gewerkschaft als gegen die guten Sitten gerichtet erklärten. Hier liegt die schwere Gefahr im Geiste des Richterturns, das heute individualistisch urteilt. Die Erziehung, die Klassenanschauung wird hier die Falltür für die Koalitionsrechte der Arbeiterklasse.

Gerade in diesem Zusammenhang sehen wir die feinen Fäden, die nach dem Dreiklassenwahlrecht hinübergeknüpft sind. Solange das Beamtentum dort eine reaktionäre Stütze findet, wird es sich so schnell nicht ändern. So ist die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts auch aus diesen wichtigen Fragen heraus eine Lebensaufgabe für die Gewerkschaften.

Das wichtigste ist aber: uns fehlt ein Koalitionsrecht, ein positives Recht. Lotmer in Vorn hat es ausgesprochen: Das Koalitionsrecht ist frei — nämlich vogelfrei. . . . Wollen wir ein Recht auf

Vereinigung, dann müssen auch die daraus hervor-  
gehenden Handlungen rechtswirksam sein. Des-  
halb müßte der Tarifvertrag, dieser Schutzwall des  
Arbeiters, als eine rechtliche Verfassungsurkunde im  
verfassenden Leben geschützt sein. Der erste  
Kritik in einem Koalitionsrecht müßte lauten, daß  
diesjenige Normen, die das Koalitionsrecht schafft,  
auch rechtswirksam sind. Es gehört ferner dazu,  
eine Anerkennung der Gewerkschaften als selbstver-  
waltende Körperschaft und als Träger der sozialen  
Gesetzgebung, als Fundament derselben. Im neuen  
Arbeitsammergesetz ist ein kleiner Schimmer davon,  
aber nicht mehr als das. Der Gesetzgeber hat nicht  
den Mut, den Gedanken größer zu fassen, den Ge-  
werkschaften in der Gesetzgebung ein positives Stück  
zuzuwenden.

Eine weitere Hemmung, die bestehen bleibt, ist  
der Herrenstandpunkt der Unternehmer. Die gleichen  
Kreise, die keinen Verständigungsrieden wollen,  
wollen auch dem Arbeiter gegenüber Herren im  
eigenen Hause bleiben. Deshalb gehört zum Koalitions-  
recht die Anerkennung der Gewerkschaften und  
der Verhandlungszwang, die Verpflichtung zum Ver-  
handeln. Es ist gemeingefährlich, einen Kampf  
heraufzubeschwören, nur weil man mit einer Organi-  
sation nicht verhandeln will.

Endlich das wichtigste: Das Koalitionsrecht muß  
ein Stück persönlicher Freiheit sein. Jeder Versuch,  
sie durch schwarze Listen oder andere Beschränkung  
einzusengen, muß verpönt sein. Es gilt also, nicht  
nur die negativen Hemmungen zu beseitigen, es gilt  
auch aufzubauen. Die Gesetzgebung durch den Staat  
hat den Nachteil, daß sie immer zu spät die Er-  
fordernisse erfährt, hier müssen die Gewerkschaften  
als die Pioniere erscheinen. Achttundentag, Arbeits-  
zeitverkürzung, Schutz von Leben und Gesundheit,  
das sind Dinge, die der Tarifvertrag regeln kann,  
die wichtigste Aufgabe der sozialen Gesetzgebung muß  
sein, hier schützend einzugreifen durch großzügige  
Entwicklung des sozialen Rechts.

**Warum bist du nicht organisiert?**

Zunmer wieder ist man gezwungen diese Frage  
an diejenigen Kollegen und Kolleginnen zu richten,  
die heute im vierten Kriegsjahre noch nicht den Weg  
zur Organisation gefunden haben. In die Antworten,  
die man auf diese Frage meist erhält, glauben die  
betreffenden Kollegen wohl selbst nicht. Das ist  
manchmal, als ob ein Kind irgendeine Unart begangen  
hätte und sich dann durch eine banale Ausrede zu  
rechtfertigen sucht. Da ist einer, der sagt: Ich bin ja  
nur während des Krieges in diesem Beruf beschäftigt;  
sobald Frieden ist, gehe ich ja doch wieder. Ein an-  
derer sagt ganz einfach: Ich muß erst sehen, wie es  
nach dem Kriege wird; jetzt trete ich nicht ein. Und  
ein ganz Adiktaler erwidert: Ja, was willst du, was  
haben denn die Gewerkschaften bisher geleistet? Was  
wir haben, das hätten wir ohne Organisation doch  
auch.

Jeder Gewerkschaftler wird diese „Argumente“  
absurd und lächerlich finden. Und doch tauchen sie,  
trotzdem sie schon hundertmal widerlegt wurden, jeden  
Tag von neuem auf. Da ist es doch schließlich not-  
wendig, daß man diesen Kollegen und Kolleginnen  
ein paar Worte ins Stammbuch schreibt.

Ich bin nur während des Krieges in diesem Be-  
rufe beschäftigt, sagt der eine. Gewiß, unser Beruf  
kann nicht für alle Zeiten eine derartige Ueberfüllung  
mit Arbeitskräften ertragen, wie das gegenwärtig der  
Fall ist. Aber was hat denn das mit der Organi-  
sationsfrage zu tun? Gibt die Notwendigkeit der Or-  
ganisation denn nur für unseren Beruf? Oder hat  
das edle Sattlerhandwerk für diese Leute solch „gol-  
denen“ Boden gehabt, daß sie nach dem Kriege über-  
haupt nicht mehr nötig haben sich einen Erwerbs-  
zweig zu suchen? Wohl jeder wird auch in Zukunft  
gezwungen sein, sich seinen Lebensunterhalt durch  
seiner Hände Arbeit zu verdienen. Da es aber heute  
keinen Berufszweig mehr gibt, der nicht eine Inter-  
essenerweiterung gegenüber dem Unternehmertum be-  
steht, so ist es ganz gleichgültig, welchem Berufszweig  
der eine oder der andere nach dem Kriege angehören  
wird. Immer aber wird man die Organisationsfrage  
in den Vordergrund stellen müssen; auch dort wird  
man immer wieder versuchen, den betreffenden Ar-  
beiter oder die Arbeiterin für diese Frage zu inter-  
essieren, es sei denn, daß sich die Betroffenen nicht  
schämen, auch dort das Leben eines Schmarobers  
weiterzuführen, wie sie es bisher in unseren Reihen  
getan haben. Jeder Mensch hat heute mehr denn  
je die Verpflichtung, an der Hebung der sozialen Lage  
der Arbeiterschaft mitzuwirken; das aber kann nur  
im Rahmen der Organisation geschehen. Wir dürfen  
keine Parasten innerhalb unseres Berufes dulden.

Ich muß erst sehen wie es nach dem Kriege wird,  
sagt ein Zweiter. Wie es nach dem Kriege wird, das  
weiß heute jeder, der nicht mit Blindheit geschlagen  
ist. Die Unternehmerpresse erzählt uns in spalten-  
langen Artikeln alle Tage, daß es so nicht weitergehen  
kann, daß die „hohen“ Löhne an unseren Teuerungszu-  
verhältnissen schuld sind und daß Deutschland bei

diesen Löhnen auf dem Weltmarkte nicht konkurrenz-  
fähig bleiben kann; ergo: Löhne abbauen. Die  
Unternehmerprofite sollen auch diesmal wieder auf  
Kosten der Arbeiterschaft erzielt werden. In un-  
geahnter Weise haben sich die Unternehmerorganisa-  
tionen zu Machtfaktoren entwickelt. Der letzte Mann  
wird herangezogen und auch die größten Geldopfer  
werden nicht gescheut, um diese Organisationen aus-  
zubauen. Und was tut ihr, um der Gefahr, die uns  
in diesen Organisationen erwächst, entgegenzuwir-  
ken? Ihr stellt Euch abseits, Ihr seit zu feig, Euer  
Charakter ist zu erbärmlich, als daß Ihr den Mut  
aufbringen könntet, mit in unseren Reihen zu kämp-  
fen. In früheren Zeiten war es so, daß bei Lohn-  
bewegungen von Unternehmer zu Organisation ver-  
handelt wurde. In Zukunft wird es dahin kommen,  
daß nur noch von Organisation zu Organisation ver-  
handelt wird. Und wehe der Organisation, die  
nicht stark genug ist, diesen Kampf zu übersehen.  
Mögen diejenigen, welche die obige Ausrede für sich  
in Anspruch nehmen, bei Zeiten daran denken, daß  
auch sie die Verpflichtung haben, unsere Organi-  
sationen zu stärken, mögen sie nun erblich den In-  
differenzismus, ihre Ideenlosigkeit beiseite lassen,  
damit wir den jäheren Kämpfen, die uns nach dem  
Kriege bevorstehen, ruhig ins Auge sehen können.

Und nun noch ein paar Worte zu denen, die nicht  
wissen wollen, was die Gewerkschaften bisher ge-  
leistet haben. Hier mögen nur ein paar nackte  
Zahlen für sich reden, die im Nu das „Kartensaus-  
argument“ dieser Kollegen über den Haufen werfen  
werden. Die freien Gewerkschaften Deutschlands  
zählten an Kranken-, Arbeitslosen-, Streik-, Reise-  
und sonstiger Unterstützung vom Jahre 1891 bis 1914  
die schöne Summe von 389,9 Millionen Mark. Vom  
3. August 1914 bis zum 31. Dezember 1917 wurden  
119.494.914 Mk. an Unterstützungen gezahlt. Der  
Verband der Sattler und Portefeuller zahlte allein  
während des Krieges 611.783 Mk. an Unterstützungen.  
Wäre es möglich, das herauszurechnen, was  
mit Hilfe der Gewerkschaften für die Arbeiter an  
Arbeitslöhnen herausgeholt wurde, es würden Tau-  
sende von Millionen Mark sein, die an unserem  
geizigen Auge vorbeimarshierten. Wo ist denn der  
Unternehmer, der heute aus freien Stücken seinen  
Arbeitern die Löhne erhöht oder ihnen sonstige Ver-  
besserungen ihrer Lebenslage schafft. Er existiert  
nicht; und wenn es doch irgendwo einen gebe, dann  
ist es eine Ausnahme, die eben doch bekräftigt, daß es  
in der Regel anders ist, daß nur mit Hilfe der Or-  
ganisation eine wirtschaftliche Hebung der Ar-  
beiterklasse möglich ist. Wenn weiter behauptet wird,  
wir hätten unsere gegenwärtigen Löhne auch ohne  
Organisation erreicht, dann ist das eine Ideen-  
losigkeit, die wirklich ihresgleichen sucht. Niemand  
wird in stände sein, den Beweis zu erbringen, daß  
man ohne Organisation bessere Lohn- und Ar-  
beitsbedingungen schafft. Gewiß, dem einzelnen  
wird es auf Grund seiner Kenntnisse möglich sein,  
sich einen besseren Lohn zu verdienen. Das ist nicht  
sein Recht, sondern seine Verpflichtung. Aber für  
die Gesamtheit der Arbeiterklasse schafft man bessere  
Lohn- und Arbeitsbedingungen nur durch machtvolle  
Organisationen.

Diese Ueberzeugung muß in jedem Arbeiter, in  
jeder Arbeiterin großgezogen werden, dann wird es  
auch möglich sein, ein bißchen Sonnenschein in das  
Leben des Arbeiters zu bringen.

Op. Schäfer.

**Ist die Abhaltung eines Verbandstages in diesem Jahre möglich?**

So fragt Kollege Künninger (Ulm) in Nr. 17  
unserer Zeitung. Auch ich habe mir diese Frage des  
öfteren vorgelegt; aber wenn man dann immer von  
den maßgebenden Faktoren hört: es ist nicht möglich,  
so mußte man sich damit begnügen. Nachdem aber  
nunmehr eine ganze Anzahl Verbandstage bzw. Kon-  
ferenzen stattgefunden haben — Metallarbeiter, Bau-  
arbeiter, Kürschner, Textilarbeiter, im Mai die Buch-  
drucker —, kann man wohl doch nicht mehr sagen, es  
ist nicht möglich.

Da wir im Osten zu einem Friedensschluß ge-  
langt sind, sind auch für uns im Westen die Aussichten  
doch derartig, daß die Hoffnung in uns wohl auf-  
leben kann, auch hier vom Ziele nicht mehr so ent-  
fernt zu sein; dann aber muß unsere Organisation  
geappnynt dastehen, um den großen wirtschaftlichen  
Erschütterungen standhalten zu können. Optimisten  
meinen ja auch heute noch, für uns gibt es nach dem  
Kriege eine lebhaft Geschäftstätigkeit; wer aber die  
Verhältnisse und den Stand des Arbeitsmarktes ver-  
folgt, wird als Antwort ein großes Fragezeichen  
machen müssen. Ich bin gewiß kein Schwarzseher,  
aber ein gelindes Grauen überläuft einem, wenn man  
jetzt schon sieht, daß das Angebot der Ware Arbeits-  
kraft größer ist als die Nachfrage und nicht nur in  
unserem Beruf. Wie soll das erst werden, wenn die  
Millionen aus dem Felde zurückkommen?

Und hierüber muß unbedingt ein Verbandstag  
diskutieren; dann sind auch noch andere Fragen zu  
erledigen, taktische Frage, Beschläufe der Generalkon-  
mission und Vorstandskonferenzen, die man nicht so  
ohne weiteres ad acta legen kann. Zudem sind auch,  
wie Kollege K. ganz richtig bemerkt, eine Reihe rein  
organisatorischer Gegenstände zu erörtern — Unter-  
stützungswesen, Agitation, Finanzen usw., die wohl  
die Abhaltung eines Verbandstages notwendig ma-  
chen nach 6 Jahren.

Was die Erhöhung der Beitragsteile betrifft, so  
ist nach meinem Dafürhalten jetzt nicht der geeignete  
Zeitpunkt dazu, um dieselben zu erhöhen; es könnte  
aber auch hier ein Modus gefunden werden, der bei-  
den Teilen gerecht wird; denen, die immer aus der  
Lohnkasse zuziehen — wenn was da ist — und denen,  
welche noch was übrig behalten. Da in normalen  
Zeiten ja auch die Krankenunterstützung wieder vom  
7. Tage an gezahlt wird, so erleidet unsere Kasse auch  
wieder eine Einbuße, zumal viele unserer Kollegen  
sehr krank und geschwächt zurückkommen. Wir müssen  
aber danach streben, finanziell möglichst stark zu sein,  
um allen Ansprüchen gerecht werden zu können, denn  
durch Erhöhung der Beiträge allein ist uns auch nicht  
geholfen.

Es gibt der Punkte noch mehr, die eine Aus-  
sprache erfordern und deshalb ist es notwendig, wenn  
ein Verbandstag oder eine Konferenz stattfindet.  
Oder wollen wir warten, bis wir nachher im großen  
Zohuwabohu mitten drin sitzen?

Wilh. Zerweiss, Herdecke (Ruhr).

**Sitzung der Stuttgarter Schlichtungskommission für das Lederausrüstungsgewerbe**

am Dienstag, den 23. April, nachmittags 3 Uhr, im Sitzungszimmer des Gewerbegerichts.

Anwesend: von Arbeitgeberseite die Herren: Weidenbacher und Müller als Beisitzer, Dr. Kothe als Vertreter des Verbandes Württemb. Militäräffellenfabrikanten. Ferner die Herren: Schildknecht, G. Michheimer, Bachmann (von der Firma W. Knoll), Raumann und Elbers (von der Firma C. Wehr in Remlingen).

Von Arbeitnehmerseite die Herren: Gahn und Weller als Beisitzer, Hg als Vertreter des Verbandes der Sattler und Portefeuller.

Der Vorsitzende Herr Weidenbacher eröffnet die Sitzung und bittet dringend um möglichst sachliche und rasche Verhandlung. Ein „unparteiisches“ Protokoll wird beiderseits für unnötig erachtet.

Zur Verhandlung kommt:  
1. Forderung des Schuhmachers Jauch an die Firma Wilh. Knoll. Herr Hg macht die Forderung geltend, und zwar verlangt er für Jauch den Sattlerlohn statt des ihm gewährten Hilfsarbeiterlohns. Herr Bachmann begründet den Standpunkt seiner Firma (Knoll) und betont aus-  
drücklich, daß Jauch ausschließlich mit Stangen und Leinewege mit Sattlerarbeiten beschäftigt worden sei. Der Arbeiter Jauch wird zu den Verhandlungen gerufen und vernommen.

Beschluß: Eine Einigung wird nicht erzielt.

2. Festsetzung einer Entschädigung für Heierschichten an einige Arbeiter der Firma Schildknecht. Es handelt sich um zwei Fälle, die durch Betriebsstörungen hervorgerufen wurden. Herr Schildknecht, der nur einen Fall kennt, erklärt sich bereit, privatim, ohne einen Präzedenzfall zu schaffen, 50 Proz. des Lohnausfalls zu zahlen. Der Vorsitzende schlägt 1 Mk. pro Stunde vor.

Beschluß: Das freiwillige Angebot einer Entschädigung in Höhe von 1 Mk. pro Stunde im Sinne einer freiwilligen Entschädigung wird angenommen.

3. Beschlußfassung über die Art der Entschädigung von Zeitversäumnissen an die Mitglieder der Arbeiteraus-  
schüsse. (Antrag der Arbeitnehmerorganisation zu Ziffer 5 der besonderen Vereinbarungen des Reichstarifs.)

Beschluß: Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Ziffer 5 der besonderen Vereinbarungen bestehen nicht, jedem einzelnen Betriebe ist die Regelung der Vereinbarung gemäß Ziffer 5 zu überlassen.

4. Festsetzung der Akkordpreise für Tornister. Dieser Punkt wird abgelehnt, damit bei der Auskunftsstelle in Berlin Auskunft darüber eingeholt wird, was unter „Reisnach“, Post. 2a, zu verstehen ist.

5. Forderung des Sattlers Dobler an die Firma G. Michheimer in auf Nachbezah-  
lung zu niedrig bemessenen Akkordlohnes und zu wenig erhaltener Teuerungszulage. Für die Firma Michheimer wird folgender Grundpreis für den Tornister festgelegt:

Grundpreis . . . . .	4,20 Mk.
30 Proz. . . . .	1,26 "
Schanzzeugtragvorrichtung . . . . .	—,39 "
<hr/>	
Mieten . . . . .	5,85 Mk.
—,23 "	
<hr/>	
† 20 Proz. für Heimarbeit . . . . .	1,17 "
<hr/>	
† Vorstechen . . . . .	7,25 Mk.
—,03 "	
<hr/>	
	7,28 Mk.

Daraus ergibt sich als Preis des Tornisters für die Heimarbeit einschließlich der für diese festgesetzten Teuerungszulage 7,28 Mk. einschl. Vorarbeiten und Mieten.

Für die bis zum heutigen Tage gefertigten Tornister, soweit die Vorarbeiten von der Firma S. Reichheimer selbst vorgenommen wurden, kommen 25 Pf. von vorstehendem Preis in Abzug. Ferner kommt in Abzug für Besehen des Tornisterbuckels und der Separationen —,65 Mk. + Teuerungszulage 20 Proz. —,13 Mk. = —,78 Mk.

Der Firma S. Reichheimer u. Co. wird auferlegt, zu niedrig bezahlte Löhne nachzuholen.

6. Einreichung der Firma E. Wehr, Wendlingen, in die Stuttgarter Ortsklasse. Nach längeren Verhandlungen erklärt sich Herr Elbers als Vertreter der Firma Wehr, Wendlingen, damit einverstanden, daß Wendlingen in die Ortsklasse — 3 — (10 Proz.) eingereiht wird.

7. Einwendungen der Hilfsarbeiter bei der Firma Knoll wegen Nichtbezahlung von prozentualen Teuerungszulagen bei Afforden für Leinen, Mieten usw. Die Firma Knoll bezahlt für solche Arbeitsleistungen Stundenteuerungszulage.

Eine Einigung kann nicht erzielt werden.

Außerhalb der Tagesordnung wird bezüglich der Fadenfrage angeregt, daß der Faden nicht nach der Länge bzw. dem Knäuel, sondern nach dem Gewicht berechnet wird.

Ges. zu Punkt 1—3 einschl.: Dr. Nothe.

Für das übrige: D. Wachmann.

### Die Entlassung der im Jahre 1869 geborenen Landsturmeute.

Zu derselben Zeit, wo England die Wehrpflicht auf 50 Jahre ausdehnt, weil seine Hoffnung auf den endgültigen Sieg zu wanken beginnt, schreitet Deutschland dazu, den ältesten Jahrgang seiner Landsturmmänner, die neunundvierzigjährigen, zu entlassen. Am 1. April hat das Kriegsministerium verfügt:

Die im Jahre 1869 geborenen, auf Grund der Landsturmaufrufe zu den Fahnen einberufenen Landsturmeute sind spätestens am 30. April zu entlassen, sofern sie nicht freiwillig im Dienst bleiben wollen. Dementsprechend ist von der Einberufung solcher Leute in Zukunft abzusehen.

Damit ist ein Verlangen erfüllt, das von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bereits vor Jahren gestellt und nicht mehr aus dem Auge gelassen wurde. Im März 1916 beantragten die Sozialdemokraten: bei der obersten Heeresleitung zu veranlassen, daß Mannschaften, die das 45. Lebensjahr überschritten haben, in weiterem Umfang als bisher hinter der Front verwendet werden. Dieser Antrag fand keine Mehrheit. Im Oktober 1916 beantragten die Sozialdemokraten dann: „daß die Jahrgänge 1869 und 1870, letztere sobald das 47. Lebensjahr vollendet ist, aus dem Heeresdienst entlassen werden“. Auch dieser Antrag fand nicht die Zustimmung der bürgerlichen Parteien, die sich vielmehr damit begnügten, für die verheirateten Mannschaften der älteren Jahrgänge längeren Heimatsurlaub, soweit es aus militärischen Gründen anständig erscheint, zu fordern. Die Forderung der Entlassung der alten Jahrgänge ist dann noch mehrmals von sozialdemokratischer Seite gestellt worden; die Heeresverwaltung verhielt sich ablehnend. Schließlich gelangte ein gemeinsamer Antrag Müller-Meinungen, Stücklen, Fehrenbach und Stresemann zur einstimmigen Annahme, der den Reichskanzler ersuchte, dafür Sorge zu tragen, daß die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 sobald als möglich geschieht. Soweit der Jahrgang 1869 in Frage kommt, ist diesem Verlangen jetzt Rechnung getragen worden. Mit dem 30. April werden die nun im 49. Lebensjahr stehenden Landstürmer an den heimischen Herd zurückgeführt sein; hoffentlich folgt der nächste Jahrgang nunmehr bald nach. Auf die Kriegsfreiwilligen bezieht sich die Entlassung nicht; denn diese haben sich freiwillig für die Dauer des Krieges zum Dienst verpflichtet.

Unsere Zahlstellen müssen nun überall dafür sorgen, daß sich unsere zurückkommenden Verbandsmitglieder unverzüglich beim Verbandsamt anmelden, damit sie nicht ihre alten Rechte verlieren.

### Korrespondenzen.

**Breslau.** (1. 5.) Am 23. April fand im Kaffee-Restaurant Karlsruh. 87 eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollega Kiedel-Berlin über den neuen Reichstaxtarif berichtete. Derselbe erklärte den Gang der Verhandlungen und wies darauf hin, daß die Fabrikanten nur mit Mühe einige Verbesserungen zugestanden haben. U. a. wurden die Mindeststundenlöhne um 4 bis 6 Pf. erhöht. Auch die Instandsetzungsarbeiten wurden in den neuen Tarif aufgenommen und sollen in der Regel im Stundenlohn ausgeführt werden. Von den 300 von unseren Vertretern zur Aufbesserung vorgeschlagenen Positionen gelang es nur mit größter Mühe bei 58 Positionen, eine Aufbesserung zu erreichen. Die Stundenteuerungszulage wurde umgeändert in eine prozentuale nach dem Verdienst und erhalten die weiblichen Stücklohnarbeiter dieselben Lohnsätze wie männliche. Der neue Tarif hat Gültigkeit bis 1. Oktober 1919. Im Anschluß an den Vortrag forderte der Redner die Anwesenden auf, den Verband zu stärken, damit er auch ferner seine Aufgaben erfüllen kann. Nach Erledigung einiger Werkstatangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. Erschienen waren zirka 120 Mitglieder.

### Soziales.

**S. P.** Die Arbeitslosigkeit im ersten Vierteljahr 1918. Die Arbeitslosigkeit hat sich in dem 1. Quartal 1918 etwa auf der gleichen Höhe gehalten, trotz der immer größeren Schwierigkeiten, die die Beschaffung der Rohmaterialien für die Fabrikation bereitet. An der vom „Reichs-Arbeitsblatt“ regelmäßig veranstalteten Erhebung über die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden hatten sich diesmal 36 Verbände mit 1244 687 Mitgliedern am letzten Stichtage beteiligt, von denen 1176 387 durch die Statistik erfasst wurden. Davon waren arbeitslos am 26. Januar 9882 Personen = 0,9 Proz., am 23. Februar 8308 Personen = 0,8 Proz. und am 30. März 10206 Personen = 0,9 Proz. Ein Vergleich mit den Ergebnissen früherer Erhebungen zeigt folgendes Bild:

Ende	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Januar	1,7	2,9	4,2	2,6	2,6	2,9
Februar	1,6	2,7	4,1	2,3	2,2	2,6
März	1,3	2,5	3,5	1,8	1,9	1,6
April	1,3	2,3	2,9	1,8	1,8	1,7
Mai	1,4	2,8	2,8	2,0	1,6	1,9
Juni	1,4	2,9	2,8	2,0	1,6	1,7
Juli	1,4	2,7	2,5	1,9	1,6	1,8
August	1,4	2,7	2,3	1,7	1,8	1,7
September	1,4	2,7	2,1	1,8	1,7	1,5
Oktober	1,6	2,9	2,0	1,6	1,5	1,7
November	1,7	3,2	2,0	1,6	1,7	1,8
Dezember	2,7	4,4	2,6	2,1	2,4	2,8

Ende	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Januar	3,2	4,7	6,5	2,6	2,7	0,9
Februar	2,9	3,7	5,1	2,8	1,6	0,8
März	2,3	2,8	3,3	2,2	1,3	0,9
April	2,3	2,8	2,9	2,3	0,1	—
Mai	2,5	2,8	2,9	2,5	1,0	—
Juni	2,7	2,5	2,5	2,5	0,9	—
Juli	2,9	2,9	2,7	2,4	0,8	—
August	2,8	2,4	2,6	2,2	0,8	—
September	2,7	15,7	2,6	2,1	0,8	—
Oktober	2,8	10,9	2,5	2,0	0,7	—
November	3,1	8,2	2,5	1,7	0,7	—
Dezember	4,3	7,2	2,6	1,6	0,9	—

In keinem der früheren Jahre ist also eine annähernd so niedrige Arbeitslosenziffer zu verzeichnen gewesen wie im letzten haben Kriegsjahre. Dabei war die Arbeitslosenziffer der weiblichen Mitglieder immer noch eine bedeutend höhere als die der männlichen: während Ende März nur 0,4 Proz. der erfahnten männlichen Mitglieder arbeitslos waren, waren es bei den weiblichen Mitgliedern 2,1 Proz.

Von den großen Gewerkschaften hatte der Verband der Metallarbeiter Ende März 0,2 Proz., der der Fabrikarbeiter 0,4 Proz., der der Holzarbeiter 0,7 Proz., der der Bauarbeiter 1,5 Proz. und der der Transportarbeiter 0,2 Proz. Arbeitslose, während die Textilarbeiter die hohe Zahl von 5,6 Proz. Arbeitslosen aufwiesen.

Sie stehen damit an zweiter Stelle unter allen berichterstattenden Verbänden überhaupt und wurden nur von den Gut- und Fischwarenarbeitern übertroffen, die 8,5 Arbeitslose zählten. An dritter Stelle stehen die Tabakarbeiter mit 4,0 Proz., an vierter die Bau- und Steindruckerei-Gilfsarbeiter mit 3,6 Proz. An letzter Stelle der Reihe stehen der christliche Metallarbeiter- und der Gutenbergbund mit je 0,1 und der christliche Holzarbeiter- und der christliche Töpferverband mit je 0,0 Proz. Arbeitslosen.

Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitslosenfalles im ganzen Vierteljahr war 16 Tage; auf je 100 Mitgliedertage kamen 0,6 Arbeitslosentage.

### Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Der wöchentliche Beitrag für die Ortsverwaltung Stuttgart beträgt ab der 19. Woche für männliche Mitglieder 95 Pf. und für weibliche 55 Pf. Der Vorstand.

### Adressenänderungen.

Fürkenwalde (Spree). B. Fritz Koosch, Keßchen-dorf, Bahnhofstraße. K. Otto Karras, Langewahl, Golmer Straße.

### Briefkasten der Redaktion.

G. Sch. in D. Besten Dank für Eingekandtes. Das Gebicht ist gut gemeint, entspricht aber nicht den Anforderungen.

### Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Mitglied Friedrich Mees, Müßelsheim, 19 J. alt. Ehre seinem Andenken!

### Verband der Sattler und Portefeuller, Ortsverwaltung Berlin.

Am Dienstag, den 14. Mai 1918, abends präzis 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches.
2. Bericht und Abrechnung vom 1. Quartal 1918.
3. „Gewerkschaften und Volksfürsorge“. Referent: Geschäftsführer Herr B. Müller.
4. Diskussion.
5. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch bzw. Karte kein Zutritt.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der reichhaltigen und wichtigen Tages-Ordnung wegen erwartet zahlreiches Erscheinen

Die Ortsverwaltung.

### Gut eingef. Vertreter

der Ledertwaren-Branche sucht Vertretung erster Firmen für Platz Breslau.

Erich Hirsch, Breslau 2

Blumenstraße 10.

### Lüchtiger Koffermacher

sofort für dauernd gesucht.

Berner & Steinmetz, Nürnberg.

### Kantennähmaschine Mars,

wenig gebraucht und sehr gut erhalten, zu verkaufen.

Rhenania, Viersen.

### Prima Lederschwärze

liefert

Chemische Fabrik Köthen, Köthen-Anhalt.

### Jeder Sattler,

der durch Herausgehen der Abheisen bei schwerer Arbeit Verrger und Zeitverlust hat, lasse sich von mir eine Probeable kommen, welche alle Fehler beseitigt und mit welcher es eine Freude ist, zu arbeiten.

Zu beziehen durch

Karl Schiller, Stuttgart, Luisenplatz 6.

Die besten Wertzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franco.

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

# Sattler

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gespaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Cederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 20 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-  
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 17. Mai 1918

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Zum Fest der Freude. — Arbeiter und Angestellte im neuen Preussischen Herrenhause. — Wie kann eine Wohnungsflutkatastrophe verhindert werden? — Bericht der 44. Sitzung der Schlichtungskommission für das Heeresausüstungsgewerbe Groß-Berlins. — Streits und Ausperrungen. — Aus unserem Beruf. — Soziales. — Rundschau. — Bischerchau. — Adressen-Änderungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 19. Mai bis 25. Mai 1918 ist der 21. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

## Zum fest der Freude.

Wenn die Birke grünt und ihr zartgrünes Laub, ihre silberglänzenden Nester als einen Gruß des deutschen Waldes in die grauen Straßen der Städte, in die schmutzigen Stuben des Volkes schießt, dann wissen wir, daß das freundlichste Fest des Jahres gekommen ist: Pfingsten, das sonnenshelle, blühende Pfingsten, dessen lichter Charakter sich in keinem anderen Baum anschaulicher symbolisieren könnte. Alle übrigen Laub- und Nadelhölzer unserer Zone erscheinen mehr oder weniger düster und verschlossen, und in den alten Götter- und Seldensagen sind sie denn auch häufig der Sitz von Rabolden und andern unheimlichen Zauberwesen, die eben im Dämmer und Dunkel des Waldes am besten gedeihen. Wo aber die Birke steht, ist es hell; sie bietet gefährlichen Geistern kein schützendes Quartier und regt die Phantasie nicht zur Bildung von Spukgestalten an; von ihr strahlt Licht aus, Milde und Heiterkeit; sie ist der Baum des sieghaften hellen Frühlings und der sonnigen Freude, die nur in der Klarheit gedeiht, ist der Gruß einer lichten Hoffnung an die von dunklen Mächten niedergedrückte und immer wieder sich aufraffende Menschheit.

Und so wird denn auch das vierte Kriegspingsten von heitern Birkensträußen erhellt werden als ein Zeichen, daß wir trotz aller Leibes- und Seelennot nicht auf die Freude verzichten wollen, die so nötig ist wie das liebe Brot, und für alle menschlichen Angelegenheiten viel, viel wichtiger, als man gemeinhin annimmt.

Die vielgerühmte Zivilisation, die Entwicklung der Menschheit aus dem Natur- zum Kulturzustande, hat gewiß höchst schätzenswerte Ergebnisse gehabt, die wir nicht missen möchten. Aber sie hat uns auf der andern Seite eine Menge harter Pflichten auferlegt, hat uns die naive, sorglose Daseinslust der Naturmenschen genommen und den größten Teil des Volkes in ein Noth gespannt, aus dem es für die ganze Lebenszeit kein Entrinnen gibt. Sie hat den Broterwerb in die Mitte aller Daseinsbewegungen gestellt und ihn zu einer Notwendigkeit, die alles andere beherrscht, gemacht. Jeder neue Morgen, ob hell oder trübe, steht uns mit der drohenden Forderung gegenüber: Schaffe, auf daß du lebst! Hunderttausende, Millionen ken-

nen kaum ein anderes Gebot als dieses, und Tag reißt sich an Tag wie die Glieder einer schweren, eisernen Kette, die sie von der Wiege bis zur Bahre an die zugleich lebenerhaltende und lebenverzehrende Pflicht fesselt.

Und noch ein anderes hat sich in den letzten Jahren groß und gebieterisch vor den Völkern emporgerückt und seine schwere Hand auf ihre Schultern gelegt: das ist der Staat. In gewöhnlichen Zeiten hat man ihm wohl mehr oder weniger bereitwillig seinen Tribut in Gestalt von Steuern gezollt, aber im übrigen seine Existenz in der Regel nicht sonderlich fühlbar gespürt. Man wußte, er war da, ja. Und man hat bei Wahlen und andern Gelegenheiten wohl auch versucht, ihn zu beeinflussen. Im allgemeinen jedoch schien er den alltäglichen Interessen ziemlich fernzustehen, und nur eine Minderheit behielt ihn dauernd im Auge. Aber dann kam der Krieg, und die Staatsgewalt pochte an alle Türen und forderte fast jeden Mann. Und von den Daheimgebliebenen forderte sie ein hohes Maß von Geduld und die Bereitwilligkeit, Leid, Trauer und Entbehrung als eine unabwendbare Notwendigkeit hinzunehmen. Sie griff mit unerbittlicher Faust in unser aller Dasein und prägte in jedes Hirn das Bewußtsein von der Nichtigkeit und Nebenächlichkeit des einzelnen, wo es sich um das Wohl und Wehe der Gesamtheit handelt.

Und so steht der Mensch von heute, und namentlich der arbeitende Mensch, unter dem besonders harten Druck von Pflichten und Entbehrungen, die sein ganzes Denken und Fühlen in Anspruch nehmen und ihn des freien Atmens berauben. Die ganze Kulturmenscheit feucht wie unter einer gewaltigen Last. Die Blicke aller haben eine Zwangsrichtung bekommen, schauen nach den kämpfenden Fronten oder nach Mitteln zum Leben aus, und die Frage darf aufgeworfen werden: Sehen wir die Herrlichkeit des Frühlings noch, sehen wir sie noch mit den Augen der Friedenszeit? Er ist wieder da, so hell und heiter wie immer, ist da mit all der Wunderpracht seiner Blüten, mit der fröhlichen Verheißung seiner Aecker und Gärten. Aber wo ist in uns jene starke Freude an den schimmernden Gaben der Natur, ohne die ein Pfingsten doch kein rechtes Pfingsten ist? Kann er uns das drückende Gewicht der Pflichten und quälenden Ereignisse von den Schultern und Seelen nehmen und uns die Vorbedingung jeder echten Freude schaffen: die innere Befreiung?

Niemand, der mit offenen Augen seine eigene und die Wesenswandlung seiner Mitmenschen erlebt, wird diese Frage bejahen, wengleich die Wirkungen der Zeit bei den einzelnen sich natürlich in verschiedenem Grade äußern. Aber was schon im Frieden unter dem Druck der alltäglichen Nöte nur schwer gedeihen wollte, ist unter den Einflüssen des Krieges erst recht zu einem kümmerlichen Pflänzchen geworden, dem es zu gedeihlichem Wachstum an Raum, Luft und Sonne fehlt.

Und doch, wir sagten es schon, ist uns die Freude so nötig wie das Brot; sie ist, wie der Bischof Keppler sagt: „ein Lebensfaktor und ein Lebensbedürfnis, eine Lebenskraft und ein Lebenswert“. Und der Wille zu ihr, das Verlangen nach ihr ist ja auch unbefiegar im Menschen lebendig. Wie der Körper instinktmäßig nach Nahrungsmitteln gier, die zu seinem Aufbau und seiner Erhaltung notwendig sind, so strebt auch die Psyche des Menschen nach erhellenden, erhebenden Stunden. Freude ist Kraft. In allem, was Großes und Schönes auf der Erde geschaffen wurde, hat die Freude mitgearbeitet. Ein fröhliches Lachen kann fruchtbarer sein als das tiefste Grübeln, und eine Menschheit, die es ganz verlernt hätte, wäre reif zum Begraben.

Man hat aus den Schützengräben geschrieben, es sei dort vielfach eine Vorliebe für humoristische oder doch heitere Lektüre zu konstatieren. Der Mann, der morgen zum Sturm antreten muß und den drohenden Hauch des Todes aus unmittelbarer Nähe spürt, erbaut sich heute noch mit Vergnügen an den Wort- und zeichnerischen Kapriolen eines Wilhelm Busch und anderer Humoristen.

Es ist die Flucht aus der Wirklichkeit in das Gebiet der Phantasie, die wir auch in den Städten beobachten können. Dort sind nicht nur die Darbietungen ernster, guter Bühnen zahlreicher als im Frieden beacht, sondern man stürmt besonders auch die Poffentheater und drängt sich in lebensgefährlicher Enge zum Kino.

Das Streben nach seelischer Entlastung, bewußt oder unbewußt, ist die Hauptursache dieser Erscheinung, die erfreulicher wäre, wenn sie immer die richtigen Wege ginge. Neben der großen Trösterin Natur ist es zu allen Zeiten die Kunst, die den Menschen stärkt, erquickt und erfreut. Aber der wahllose Genuß kitschiger Vorstellungen und alberner Filmdramen bietet allenfalls einen Freudenersatz, aber nicht die Freude, die den Sinn ins Höhere führt, ihn von neuem kräftigt und belebt. Besonders der Jugend, die urteilslos nach jedem Vergnügen greift, tut es not, den Unterschied kennenzulernen, der zwischen leerer Unterhaltung und wahrer Freude klafft. Diese fließt nicht aus blindem Genuß, sondern aus dem bewußten, erkennenden Genießen des Guten und Schönen.

Die Arbeiterschaft hat sich mit Hilfe ihrer Gewerkschaften schon eine gewisse Muße erobert und wird auch in Zukunft in ihrem Bestreben, freie Zeit für den einzelnen zu gewinnen, nicht nachlassen. Wie die Arbeit der Organisationen stets darauf gerichtet war, das schwere Gewicht der Pflichten und Sorgen zu erleichtern, um der Daseinsfreude auch im Leben des Proletariats mehr Raum und Luft zu schaffen, so können sie auch nicht darauf verzichten, die besten Wege zur Freude zu weisen. Denn die Muße ist erst dann wirklich gewonnen, wenn sie gut ausgefüllt ist und mittelbar oder unmittelbar wieder den Zielen dient, die unserm Dasein den Inhalt geben.

Darum haben wir auch allen Grund, jene Arbeitervereinigungen zu unterstützen, die den Natur- oder wirklichen Kunstgenuß fördern, damit auch das Gemüt gesund und froh und willenskräftig erhalten werde.

„Ein Leben ohne Freude ist eine weite Reise ohne Gasthaus,“ sagt ein Denker. Und heute mag es uns wohl zuweilen vorkommen, als seien wir auf so einer endlosen Reise begriffen, die uns kein Wohl zu sorglosen Ausruhen bietet. Die Feste des Jahres, das sind ja gewissermaßen solche „Gasthäuser“, an denen wir aufatmend zurück- und vorwärtsblicken, und das Pfingstfest war, wenn wir schon im Wilde bleiben wollen, das schönste und heiterste von allen, birkenumkränzt, ionenvergoldet und von Vogelgezwitscher erfüllt.

Nun wir wieder dort halten, klingt alle Lust nur sehr gedämpft in uns, und der schwellende Blütenregen der Natur weckt das Erinnern an die Blüte der Menschheit, die auf den Schlachtfeldern dahinsinkt, zertreten vor ihrer Reife. Das zwingt uns zu ernster Nachdenklichkeit. Und nur eine leise Hoffnung strahlt aus dem Jugendgrün der Pfingstbirke: daß auch die Freude ewig ist und immer von neuem emporprießt, wie tief sie auch begraben werde. Denn unverwundlich wie die Natur ist das Menschengeschlecht — und unverwundlich unsere Zuversicht, daß seine Freude am Schaffen auch die Kraft zur Höherentwicklung birgt.

### Arbeiter und Angestellte im neuen Preussischen Herrenhaus.

Das Dreiklassenparlament gelangte am 6. Mai zur Besprechung der Kommissionsbeschlüsse über die „Vorschläge zum Herrenhaus“, oder wie es künftig heißen soll, zur Ersten Kammer. Die §§ 1a, 2 und 3 der Beschlüsse betreffen das „Recht“ der „geborenen Herren“ (Königliche Prinzen, ehemalige Reichsunmittelbare, Fürsten, Grafen, „Herren“ und „Geschlechter“), lebenslanglich der Ersten Kammer als Mitglieder anzugehören. Dieses vorläufige „Recht“ soll in das „neuorientierte Preußen“ hinübergeschleppt werden. Der § 4 bestimmt sodann die „berufsständigen“ Mitglieder, die von „berufsständigen“ Vorschlagskörpern für 12 Jahre dem König zur Berufung vorgezogen werden sollen. Würden diese Paragraphen Gesetz, dann bestände in der Ersten Kammer eine Hauptgruppe von wenigstens 175 Mitgliedern, die als Vertreter des Großgrundbesitzes anzusprechen sind. Die zweite Gruppe umfaßt dann 72 Industrie- und Handelsunternehmer, die dritte 48 Reichsrentanten der Großstädte (mehr als 50 000 Einwohner); hierzu 24 Vertreter der Kleinstädte und Landgemeinden. Das „Handwerk“ erhielt 18 Kammermitglieder zugewilligt, die gesamte Arbeiterschaft nur 16 und die gesamte Angestelltenschaft nur 12 Vertreter! Die Regierungsvorlage sah beziehungsweise gar keine Vertreter des Handwerks, der Arbeiter und Angestellten vor! Der Minister erklärte, es bestände die Absicht, von den Kammermitgliedern, die der König nach freiem Ermessen und in unbeschränkter Zahl berufen könne, dem Handwerk, den Arbeitern und Angestellten eine „entsprechende“ Zahl zuzumessen zu lassen. Nach den Kommissionsbeschlüssen (§ 6) aber soll der König künftig nicht mehr als 150 Personen „aus besonderem Vertrauen auf Lebenszeit berufen“ dürfen, ein Beschluß, der, übrigens gefaßt von den echtpreussischen Nationalen, der Krone einen großen „Peerschub“ zwecks Bildung einer neuen Mehrheit eventuell unmöglich machen soll. Es würde also eine „geschlossene Zahl“ von Kammermitgliedern beschlossen und schon deshalb vor die sofortige Bestimmung auch einer gewissen Zahl von Arbeiter- und Angestelltenvertretern notwendig. Das sozialdemokratische Kommissionsmitglied, Abg. Girich (Berlin), beantragte die Berufung von 111 Arbeitervertretern. Der Antrag wurde statt abgelehnt. Es erklärten sich auch die Vertreter der Volkspartei, Polen und des Zentrums für die Bestimmung von Arbeiter- und Angestelltenvertretern. Schließlich wurden „mit Ach und Krach“ den Arbeitern ganze 16, den Angestellten ganze 12 Mitglieder der Ersten Kammer zugestanden.

Bei der Beratung im Plenum, am 6. Mai, beantragte die sozialdemokratische Fraktion 48 Arbeiter- und 24 Angestelltenvertreter. Die Volkspartei schlug 36 bzw. 24 vor. Abg. Huz begründete den sozialdemokratischen Antrag zunächst mit dem zahlenmäßigen Nachweis der in Betracht kommenden gewaltigen Arbeiter- und Angestelltenmassen. Nach der letzten Allgemeinen Gewerbebefragung seien von den gewerblich tätigen Personen 21,5 Proz. Unternehmer und Betriebsleiter, 6,9 Proz. Angestellte, 71,6 Proz. Arbeiter gewesen. Unter der ersten

Gruppe befanden sich auch die Besitzer und Leiter der handwerksmäßigen Betriebe. Die erste Gruppe sollte nur 80 Vertreter, die zweite und dritte zusammen nur 28 Vertreter erhalten. 1913 seien in den der preussischen Gewerbe- und Berginspektion unterstellten Betrieben 4,4 Millionen Arbeiter gezählt worden. Auf sie sollten nur 16 Vertreter entfallen, also nicht einmal auf jede Hauptgewerbegruppe einer. Darin brüde sich eine aufreizende Mißachtung der Arbeiterschaft aus, der die „Industriefabrikanten“ doch auch bei höchster Lichtigkeit nicht entzogen könnten. Die Massen der Arbeiter und Angestellten stellen das Gros der Landesverteidiger und bilden das Rückgrat der für den Kriegsausgang auch hochwichtigen Heimatsarmee. Diesen Millionen nur 28 Vertreter von etwa 450 im Herrenhaus geben zu wollen, bedeute ein „Danke des Vaterlandes“, den die schwer leidende, vornehmlich blutende Masse des Volkes wirklich nicht erwartet habe. Diese Mißachtung würde in Verbindung mit der Ablehnung des gleichen Wahlrechts eine Stimmung in der Arbeiterschaft erzeugen, von welcher der Reichszähler schon „schwere innere Erschütterungen“ prophezeit habe. Das Allermindeste sei die Schöpfung der Arbeiter- und Angestelltenvertreter nach dem sozialdemokratischen Antrag.

Der Zentrumsabgeordnete Arbeitersekretär Gronowski (Dortmund) erklärte auch, daß die Beschlüsse der Kommission Arbeiter und Angestellten nicht gerecht geworden sei. Er halte den sozialdemokratischen Antrag durchaus nicht für zu weitgehend, er würde für ihn, wie in der Kommission, gern stimmen. Um aber eine Mehrheit zu erzielen, schlage er vor, sich auf den Antrag der Volkspartei zu einigen. Gronowski redete dann den Konservativen und Nationalliberalen eindringlich zu, doch den Arbeitern und Angestellten mehr entgegenzukommen. Die Stimmung der Masse sei doch wirklich schon gereizt genug. Sie habe im Kriege viel gelitten und müsse noch viel leiden. Das in Preußen besonders hervorretende „Parvenütum“ müsse mehr zurücktreten. Der Geist der Einigkeit und Versöhnung müsse vorwalten, wenn wir zum guten Ende kommen sollten.

Die Abstimmung zeigte, daß auch dieses dringliche Zureden eines christlich-nationalen Arbeiterabgeordneten an dem vorläufigen Beschlusse abprallte. Nicht nur der sozialdemokratische, sondern auch der volksparteiliche Antrag wurde von der Mehrheit, die sich aus Konservativen, Freikonservativen, fast allen Nationalliberalen und einer kleinen Gruppe Zentrumsleuten zusammensetzte, abgelehnt! Somit sind für die Millionenmasse der Arbeiter nur ganze 16, für die nach vielen Hunderttausenden zählenden Angestellten nur ganze 12 Vertreter in der „neuorientierten“ Ersten Kammer Preußens vorgezogen. Die Reaktion tobt weiter.

### Wie kann eine Wohnungskatastrophe verhindert werden?

Wie auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens, so hat auch die revolutionäre Umwälzung des Krieges mit starkem Druck die Lösung der Wohnungsfrage in den Vordergrund gedrängt. Die ganze Wucht der geschlichen Unterlassungen auf diesem Gebiet in den letzten 25 Jahren vor dem Krieg steht deshalb heute zur öffentlichen Diskussion. Und dabei wird die Wohnungsfürsorge für die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer nicht allein in Betracht kommen können, sondern hier sind Maßnahmen sicherzustellen zu der bedeutungsvollen Frage: wie wohnt die große Masse des arbeitenden Volkes überhaupt? Das bekannte Wohnungselend besteht nicht allein in dem Mangel an Wohngelegenheiten, sondern in der fittlich widrigen und unhygienischen Beschaffenheit der übergroßen Zahl der Kleinwohnungen, wo die Mieter in die Zwangslage kommen, jeden Winkel auszunutzen und dafür 15 bis 20 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes als Mietbetrag zahlen zu müssen. Die Ursachen zu diesen offensichtlichen Mißständen: wie Schlafgängerunterkunft, Unreinlichkeit der Wohnräume, Seuchengefahr usw., werden in der privatkapitalistischen Ausbeutung und Ueberwertung des Baugrundes und der Wohngebäude, sowie auch andererseits in der spekulativen Zurückhaltung des Geldmarktes zum Wohnbauweisen zu suchen sein. Eine bevölkerungspolitische Wohnungsfürsorge kann deshalb nicht allein darin bestehen, daß der Staat oder die Gemeinde für eine den Bauinteressenten oder sonst genügende Bauordnung sorgt oder durch Wohnungspreise allgemeine Richtlinien aufstellt, sondern daß die gesellschaftlichen Faktoren wie das Reich, die Bundesstaaten und Gemeinden hier tatsächlich durch Schaffung von guten Kleinwohnungen vorbildlich und preisbestimmend eingreifen. Im Zusammenhang mit dem gehört auch die Einschränkung der Terrain- und Käuferpekulation durch Freigabe oder Expropriation (Enteignung) von Bauland, Erbschaft von Baustrafen und Darlehen von billigen Zinsen, wobei die Baugenossenschaften zu bevorzugen wären. Wie aus Einzelbeispielen ersichtlich,

liegt es sehr nahe, daß auch die Bundesstaaten und Gemeinden unmittelbar durch Eigenbetrieb derartige Wohnungen selbst bauen können und dadurch auf die spekulative Bautätigkeit preisregulierend einwirken.

Bei dem voraussichtlich in nächster Zeit im größeren Umfange vor sich gehenden Bau von Kleinwohnungen wird es darauf ankommen, nicht nur notwendige Wohnungsgelasse herzustellen, sondern Wohnräume zu schaffen, wo Luft, Licht und Sonne leichten Zutritt haben und auch in der Art der Ausgestaltung der Räume die Bewohner mehr mit Lebensfreudigkeit erfüllen. Zu diesem Zweck ist bei der Beschaffung solcher Wohnungen nicht allein Wert auf Kleinsiedlung und Kleinhäuser zu legen, sondern, wie auch von anderer Seite sehr richtig betont wurde, auch begrenzt das Etagengebäude zuzulassen. Nicht das Etagengebäude an sich mit seinem Treppentischen, mit der größeren Zahl von Wohnungen und Bewohnern, hat die Mißstände und Abneigung dagegen erzeugt, sondern die beschränkten Wohnungsverhältnisse zum Mietpreis und dabei die Art der Verteilung des zu bewohnenden Flächenraums und wie sonst diese Wohnräume zu den Kulturforderungen bis zur heutigen Zeit ausgestaltet wurden. Für die Mittel- und Großstädte, sowie auch für eine beträchtliche Zahl von Industrieorten wird das Dreietagen- oder Dreitreppenhaus immer seinen Wert behalten. Bei einer örtlichen Dichtigkeit der Bevölkerung durch Mangel an Bauland und im Interesse einer Verringerung der Wohnentfernungen von den Arbeitsstätten wird das Etagenhaus sich sogar zu einer dringenden Notwendigkeit machen. Bei der Anordnung dieser Wohngebäude wären Hinterhäuser möglichst zu vermeiden, wenn nicht ganz auszu-schließen. Das Zulassen von Dach- und Kellerwohnungen ist als gesundheitsgefährlich auf alle Fälle, auch als Notbehelf zu verhindern; denn wir glauben annehmen zu können, daß die „moderne Periode der Höhenbewohner“ endlich vorüber ist. Zu den bekannten fittlichen Schäden des Schlafgängerwesens darf auch die Forderung nach Ledigenheimen für Männer und Frauen nicht unbeachtet bleiben. Vor allem sind auch Mietsteigerungen, die sich in den seltensten Fällen und nur begrenzt rechtfertigen lassen, gesetzlich zurückzuweisen, da ja bekanntlich die große Masse der Wohngebäude schon vor dem Kriege gebaut wurde.

Um zu verhindern, daß die kommende Wohnungsnachfrage sich nicht zu einer akuten Wohnungsnot entwickelt, werden alle illusionären Wünsche und Forderungen zurückgestellt werden müssen; denn nach Lage der Verhältnisse sind die hier in Betracht kommenden Fragen und in Aussicht zu nehmenden Maßnahmen auch sehr ernst zu prüfen. Es wird auch keinem Zweifel begegnen, daß, wie schon vorauszu-sehen, in den ersten Jahren nach Friedensschluß sich die ganze Situation äußerst schwierig und bedenklich gestalten wird.

Bei der Besprechung der Wohnungsfrage in der bayerischen Kammer im März dieses Jahres machte der Minister Dr. v. Brettreich einige recht bemerkenswerte Ausführungen; er sagte: „Die schon in Friedenszeiten große Bedeutung der Wohnungsfrage ist im Laufe des Krieges außerordentlich gewachsen. In Friedenszeiten wurden in Deutschland alljährlich ungefähr 350 000 bis 400 000 Wohnungen neu hergestellt, davon in Bayern 25 000 bis 30 000. Die Neubautätigkeit in den Städten mit mehr als 15 000 Einwohnern, die 1914 noch 5372 Neubauten aufwies, war schon 1915 auf 2025 gesunken. Seit 1916 ist aber ein starker Rückgang an Wohnungen eingetreten, besonders fehlt es an kleinen und mittleren Wohnungen. Die Entwicklung der Verhältnisse nach dem Kriege kann mit Sicherheit noch nicht vorausgesagt werden, da der Bedarf in den einzelnen Städten noch nicht feststeht. Vor allem sind die zahlreichen kriegsgetrauten Paare unterzubringen. Da zu kommen die zahlreichen Auslandsdeutschen und die Abwanderungen aus großen in kleine Wohnungen infolge zahlreicher Todesfälle und der stärkeren Belastung durch die Steuern und die Kriegsteuerung. Der Bedarf an neuen Wohnungen bis Ende des ersten Friedensjahres wird in Deutschland in den ersten Monaten auf 300 000 berechnet, wovon der weitaus größte Teil auf mittlere und Kleinwohnungen entfällt. Eine halbwegs annehmbare Lösung der Wohnungsfrage bietet einen solchen Berg von Schwierigkeiten, daß man fast verzagen könnte. Deshalb müssen alle berufenen Faktoren, Staat und Gemeinde, alle Versicherungssträger, die gemeinnützigen Bauvereine und Private, zusammenarbeiten, damit wir zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen gelangen. — Die Erhöhung des Kostenaufwandes bei der Wohnungsherstellung beträgt 80 bis 100 Proz. Infolgedessen muß möglichst billig und einfach gebaut werden. In dieser Richtung kann noch viel erreicht werden, wenn die Bauten auch künftig gesundheitlichen und wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen müssen.“ — Im weiteren wies der Minister auf die Schwierigkeiten der Beschaffung von Baustoffen und des Selbstbedarfs hin. Hierzu ist



auch von Interesse, wie sich der Kriegsminister v. Sillingrath zu dieser Frage äußerte; er sagte: „Der Antrag der Kammer fordert die Ueberlassung von Leichtbauten und Rohstoffen, die aus den Heeresbeständen frei werden. Ich glaube, daß diese Leichtbauten, Baracken usw. sich weniger als Ersatz für Wohnungsbauten als für Massenquartiere eignen. Auch ist zu bedenken, daß eine große Zahl von ihnen nur auf ihrem jetzigen Aufstellungsort verwendbar ist, weil ein Abbau und Wiederaufbau an anderer Stelle unwirtschaftlich wäre; dies gilt besonders für die Baracken des Feldheeres. Zudem hat die Heeresverwaltung selbst großen Bedarf an Unterkunftsstellen nach dem Kriege zur Unterbringung der zurückkehrenden Truppen und zur Lagerung der hochwertigen Materialien. Was an Baumaterialien entbehrlich ist, soll ohne Schwierigkeiten zur Verfügung gestellt werden.“ Die beiden bayerischen Minister waren offen und ziemlich deutlich!

Wenn dennoch von seiten der Unternehmer immer wieder auf das Holz- und sonstige Material an den Fronten, in den Unterkünten usw. hingewiesen wird, so muß z. B. das Holz erst herausgerissen und dann gereinigt, lufttrocken, verwendungs- und transportfähig hergestellt werden. Wie von den militärischen Fachleuten allgemein konstatiert wird, ist davon zu Bauzwecken wenig zu gebrauchen. Im übrigen muß das von den Militärbehörden zur Verfügung gestellte Material, wie Holz, Baracken usw. frei von Ungeziefer und auch sonst hygienisch einwandfrei sein. Dazu kommen die Schwierigkeiten des Abtransportes. Von der Seite ist also nur wenig Material zu erwarten; denn mit Steinbrocken, altem Lattenholz und Stacheldraht kann man keine Häuser bauen! Deshalb müssen sich die Kaufleute jetzt eingehender mit der Materialfrage beschäftigen.

Sehr wertvolle Darlegungen sind hierüber in einem Vortrage: „Die Wohnungsfrage und die Aufgaben der Hebergangswirtschaft“, von dem königlichen Bau- rat Spöner in Kassel, im November 1917 gemacht worden. Danach würden nach dem bekannten Bevölkerungszuwachs vor dem Kriege mindestens für jedes Kriegsjahr 200 000 neue Wohnungen gebraucht sein; also insgesamt 800 000 Wohnungen, die in den acht Jahren der Hebergangswirtschaft nachzubauen wären. Ferner für die Jahre der Hebergangswirtschaft, wo voraussichtlich nur eine geringere Volksvermehrung in Frage kommt, können auf jedes Jahr 150 000 angenommen werden. Demnach wären in diesem Zeitraum 800 000 + 8 x 150 000 = 2 Millionen Wohnungen zu beschaffen. — Den Geldbedarf für acht Jahre berechnet Spöner nach den Durchschnittskosten aller zu beschaffenden Wohnungen, die auf 8000 Mk. anzusehen sind, mit 16 Milliarden Mark oder jährlich 2 Milliarden Mark, eine Summe, die auch nach anderen Fachleuten vor dem Kriege für Wohnhausbauten ausgegeben wurde. Den achtjährigen Bedarf an Baugeld mit Gartenschläuche schätzt er für jede Wohnung auf 300 Quadratmeter, also auf 600 Millionen Quadratmeter oder 60 000 Hektar im ganzen, mit Einschluß der Straßen und sonstigen Freizeitanlagen auf 80 000 Hektar. Ferner den Jahresbedarf an Mauersteinen, mindestens auf 5 1/2 Milliarden und 62 Millionen, an Dachsteinen 1 Million, an Zement auf 287 000 Tonnen, an Kalk auf 2 1/2 Millionen Kubikmeter, an geschmitteten Bauholz auf 1 1/2 Kubikmeter usw. — Ausgeschlossen bei diesen Zahlen ist der Geld- und Baustoffbedarf der Industriebauten und der sonstigen dringend erforderlichen Gebäude, wie Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude usw. Aus selbstverständlich wird hier gelten müssen, daß Luxusbauten in diesem Zeitraum nicht aufgeführt werden.

Um so nach Lage der Dinge den Bauanforderungen und der Nachfrage nach Wohnungen gerecht werden zu können, wird es die erste Aufgabe der Regierung sein müssen, ohne Börgern der gesamten Baustoffindustrie wieder die Möglichkeit zu einer regelrechten Tätigkeit zu geben; denn nur dadurch kann der Weg als geebnet angesehen werden, eine Wohnungsnotkatastrophe zu verhindern! G. Heintz.

### Bericht der 44. Sitzung der Schlichtungskommission für das Heeresausrüstungsgewerbe Groß-Berlins.

Die Sitzung am 2. Mai wurde von Herrn Wiedermann geleitet.

I. Die Firma Ph. Dichtenstein, Schillingstraße 15/16, fertigt Tragegurte für Lanzenwehre aus Papierstoff in zwei Ausführungen, und zwar einmal in schwächerer Gurte aus einem Stück und in stärkerer grober Gurte, die noch gestückt werden muß.

Die Schlichtungskommission entscheidet, daß für die schwachen Gurte 40 Pf. und für die gestückelten stärkeren Gurte 50 Pf. pro Stück zu zahlen sind. Dazu kommen 20 Proz. Kriegszuschlag und die Teuerungszulage.

II. Vom Verband der Sattler und Portefeuller wurde gegen die Firmen E. de la Croix, Poje, Sindel und Stanienda Beschwerde geführt, daß sie bislang den Arbeitern das benötigte Nähmaterial geliefert haben, jetzt aber von den Arbeitern verlangen, daß diese sich den Fäden selbst kaufen sollten. Die Firma de la Croix ist sogar so weit gegangen, den Arbeitern während der Osterfeiertage den noch in ihrem Besitz befindlichen Faden einfach fortzunehmen, so daß diese nach den Feiertagen entweder auf Fortsetzung der Arbeit verzichten mußten oder neuen Faden zu kaufen gezwungen waren.

Herr Eckart, als Vorsitzender der Herren Arbeitgeber, glaubt sich zu seinem Vorgehen nach Abschluß des neuen Vertrages berechtigt. Bei der Knappheit des vorhandenen Materials müsse der Verschwendung entgegengetreten werden und dieses sei nur durch diese Maßnahmen zu erreichen. Auch die Behörde verlange eine scharfe Kontrolle über den Verbrauch.

Von den Verbandsvertretern wird demgegenüber auf das Protokoll der Zentraltarifkommission vom 8. Januar verwiesen, worin Har zum Ausdruck kommt, daß der Arbeitgeber für die Lieferung des Nähmaterials nur 3 Proz. vom Kriegszuschlag für sich in Anspruch nehmen kann. Zu jeder anderweitigen Verwendung ist die Zustimmung der Arbeitnehmer unbedingt erforderlich, und diese ist in keinem Falle gegeben.

Nach langer und teils lebhafter Auseinandersetzung zieht sich die Schlichtungskommission zur Entscheidung zurück.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verkündet Herr Wiedermann, daß sich auch die Schlichtungskommission über diese Frage nicht einig geworden sei, daß also die Zentraltarifkommission zur Entscheidung angerufen werden müsse. Die Arbeitgeber halten es im volkswirtschaftlichen Interesse für wünschenswert, wenn sich die Arbeitnehmer den Fäden selbst kaufen würden. Stelle man sich auf den Boden der angesprochenen Entscheidung der Zentraltarifkommission, so liege darin ohne Zweifel eine fortwährende Bestrafung derjenigen Arbeitgeber, die eben solange den Fäden geliefert haben.

Dazu stellt Herr Niebel noch ausdrücklich fest, daß aber bis zur Entscheidung der Zentraltarifkommission der frühere Zustand auf jeden Fall aufrecht erhalten bleiben müsse.

III. Von den Arbeitnehmern der Firma C. Poje wird außerdem noch Beschwerde geführt, daß den Sattelmachern, soweit diese nur schnüren und füllen, und auch den Stummelmachern, die keinen Nähfäden benötigen, 3 Proz. vom Kriegszuschlag in Abzug gebracht werden. In diesem Falle besteht Einigkeit, daß nur bei solchen Arbeiten die 3 Proz. in Abzug gebracht werden können, zu deren Anfertigung der Arbeitnehmer Nähfäden benötigt.

IV. Von der Schlichtungskommission der Schneider, vertreten durch die Herren Neuberger, Eder und Kunze, werden Flegelperzstiefel aus Papierstoff zur Kalkulation vorgelegt. Einstimmig werden folgende Preise als angemessen erachtet:

Sattlerarbeit pro Paar (6 Schnallen und dito Strippen) einschließlich aller Zuschläge	1,95 Mk.
Maschinenarbeit	2,00 "
die 4 Oesen mit Maschine aufnähen	0,20 "

Das Nähmaterial muß den Arbeitnehmern kostenfrei geliefert werden.

Für den Unternehmer ist festgesetzt . . . 5,53 Mk. und für den Zuschmitt . . . 0,60 "

V. Gegen die Firma Stanienda führen die Arbeitnehmer Beschwerde, daß sie bei der Arbeitsweise und den zu leistenden Vorarbeiten bei Anfertigung von Armeefernspießfuttern aus Papierstoff nicht zurechtkommen können. Nach kurzer gegenseitiger Darlegung des Falles wird die Entscheidung ausgesetzt, da Herr Stanienda versuchen will, eine andere Einrichtung zu treffen.

VI. Von der Firma Kaufmann ist unter Verufung auf das Protokoll der Schlichtungskommission vom 12. März Einspruch gegen die in der Sitzung vom 13. Dezember erfolgte Preisfestsetzung für die damals vorgelegte Stalhhalter mit zwei Oesenidnallen Einspruch erhoben worden.

Nachdem festgestellt ist, daß eine irrtümliche Auffassung des Herrn Kaufmann vorliegt, zieht dieser seinen Einspruch zurück.

VII. Die Heimarbeiterin M. M. hat für die Firma Georg Korn, Magazinstr. 14, Fernrohrendeckel zum Preise von 0,30 Mk. und 0,35 Mk. das Stück genäht, ohne Kriegszuschlag und Teuerungszulage zu bekommen.

Der anwesende Vertreter der Firma beruft sich darauf, daß es keine Militärarbeit sei, daß keine Firma die Arbeit auch erst aus zweiter Hand bekomme.

Die Muster liegen vor, und es wird festgestellt, daß der Preis nur sehr knapp kalkuliert ist, daß diese Arbeiten aber nur für die Militärbehörde geliefert werden. Demzufolge entscheidet die Schlichtungskommission, daß zu den gezahlten Preisen noch min-

destens 20 Proz. Kriegszuschlag und 20 Proz. Teuerungszulage zu zahlen sind.

VIII. Die Firma Gustav Reinhardt verwendet bei der Gefechtsvorratsstache als Boden zu der unteren aufgehängten Tasche einen besonders hergerichteten Boden, der die Anfertigung sehr erschwert. Die Arbeiter verlangen darum 10 Pf. Zuschlag pro Tasche. Da nach Eingang der Beschwerde die Böden aus leichtem Material zugerichtet werden, erfolgt eine Verständigung dahingehend, daß für die vor dem 20. April angefertigten und verrechneten Böden 5 Pf. Zuschlag gezahlt wird.

IX. Gegen die Firma Keller klagt die Heimarbeiterin Frau Sch. auf Nachzahlung von je 3 Pf. für 3600 Gefechtsfappen. Nachzahl hat die Firma pro Stück 10 Pf., während der Tarifpreis 13 Pf. beträgt.

Der Anspruch wird von Herrn Keller anerkannt, und die Arbeiterin soll am nächsten Tage die Summe von 108 Mk. ausgezahlt erhalten.

X. Von der Firma Koch u. Co. liegen zwei verschiedene Ausführungen von Rinnriemen für Stahlselme vor.

Die Schlichtungskommission erachtet für die zum Schnallen eingerichteten Riemen 16 Pf. und für die mit Haken und Unterlage versehenen Riemen 13 Pf. als angemessen. Kriegszuschlag 20 Proz.

XI. Von der Firma Poje liegen eine ganze Reihe von Ausrüstungsstücken zur Kalkulation vor. Bei der Faktatase für Subartillerie aus Papierstoff (Pos. 359 des Tarifes) läßt die Firma die Deckelohren mit der Hand einnähen. Dafür wird 80 Pf. pro Tasche festgesetzt. Sofern die Deckelohren mit der Maschine genäht sind, aber vom Handnäher verstopfen werden müssen, ist für die 8 Eden 20 Pf. zu zahlen. Wird die Tasche ganz mit der Maschine gefaltet, so kostet dieselbe 3,20 Mk.

Für die Rückenriemen aus Papierstoff, mit Maschine eingefaßt, wird folgender Preis vereinbart:

für rechte Achse	1,30 Mk.
für linke Achse	1,20 "

Eine Verständigung gemäß der bei Poje üblichen Anfertigungsweise kommt ferner für Mündungsfappen 96 neuer Art, Wäckerüberzüge 98/00 und 96/00, Lederbeutel 69, Kochgeschirrfutterale, Behälter zum Schlagbolzen aus Leder, Aufschlagüberzug 96 neuer Art und Gliederlägetaschen aus Papierstoff zustande. In gleicher Weise erfolgt eine Verständigung mit der Firma Sindel für eine abgeänderte Faktatase und eine Hufeisenfaktase.

XII. Bei der Firma Wiedermann wird eine neue Art von Drillingsförden angefertigt. Die Entscheidung wird noch ausgesetzt, weil erst noch praktische Erfahrungen mit der Arbeitsweise gemacht werden sollen.

Abgelehnt wird ferner die Entscheidung über das Verlangen der Tornisternmacher von der Firma Wiedermann, für die Erhöhung der Arbeit durch Verwendung von Kaninchenfellen und für Verarbeitung des aus kurzen Stücken bestehenden Einfasleders eine besondere Entschädigung festzulegen. Diese Angelegenheit soll durch die Zentraltarifkommission erledigt werden.

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Nach keine Einigung in der Offenbacher Lederwareindustrie.** Die getroffenen Vereinbarungen in Berlin, Freiberg, Nürnberg und Stuttgart bezüglich Verlängerung der bestehenden Tarife für die Lederwareindustrie, unter Zusage einer erhöhten Teuerungszulage ab 1. April bzw. 1. Mai, ließ auch die Hoffnung reifen, daß die Fabrikanten des Offenbacher-Franfurter Industriegebietes durch ihre Vereinigung den Arbeitnehmern gegenüber weites Entgegenkommen zeigen, um auch hier über den Krieg hinaus jede Beunruhigung im Gewerbe zu vermeiden. Leider scheinen hier wieder, wie schon so oft, Kräfte am Werk zu sein, die es durchaus auf eine Wachtprobe ankommen lassen wollen. Denn die Forderungen der Arbeitnehmer sind angesichts der Teuerungsverhältnisse mehr als bescheiden zu nennen. Sie wurden im Laufe der Verhandlungen noch reduziert. Es kam eine Einigung zustande, wonach die Teuerungszulage erhöht werden soll für Zeilohnarbeiter über 19 Jahre von 25 auf 30 Pf. die Stunde, unter 19 Jahren von 20 auf 27 Pf. die Stunde; für Arbeiterinnen über 17 Jahre von 15 auf 20 Pf. die Stunde, unter 17 Jahren von 10 auf 13 Pf. die Stunde; für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge im ersten und zweiten Jahre von 10 auf 13 Pf. die Stunde, im dritten Jahre von 10 auf 15 Pf. die Stunde; für Affordarbeit von 30 auf 40 Prozent. Trotzdem auf Grund örtlicher Vereinbarungen in Berlin die Mindestlöhne weit höher als im Offenbach sind und in Berlin die diesjährige Teuerungszulage doppelt so hoch und, noch höher bemessen wurde, als die Zuzugstämme in Offenbach es sind, gaben die Arbeitnehmer ihre Zustimmung. Als Streitpunkt blieb noch der Termin des Inkrafttretens der neuen Vereinbarung. Wie an den anderen Orten wünschten unsere Kollegen den 1. Mai. Die

Unternehmervertreter bestanden auf dem 1. Juni. Diese einmonatige Differenz ist nun der vorläufig unlösliche Knoten, der mit Macht gegen Macht durchgebrochen werden soll. Wir wollen nicht glauben, daß es gelbliche Motive sind, die unsere Offenbach-Frankfurter Fabrikanten zu ihrer ablehnenden Haltung veranlassen. Gemeinen an den Phantastiepreisen, die sie für ihre Fabrikate erzielen und täglich höher schrauben, gemessen an den Materialpreisen, die sie zahlen und sich sogar gegenseitig überbieten, um nur Leder zu erhalten, ist es doch von ganz untergeordneter Bedeutung, ob den Arbeitern der Stundenlohn ab 1. Mai oder 1. Juni um wenige Pfennige erhöht wird, um so mehr eine Konkurrenz von anderen Orten gar nicht zu befürchten ist. Wir halten mit unserer Verachtung zurück und hoffen, daß die Offenbach-Frankfurter Fabrikanten noch in letzter Stunde das Bewilligen, was in allen anderen Tarifarten bereits durchgeführt ist. Tragen sie doch allein jede Verantwortung für die kommenden Dinge.

**Aus unserem Beruf.**

**Frau Benz-König tot!** Diese schmerzliche Kunde lasen wir am Sonntag früh im „Vorwärts“. Noch am 20. April hatte unser Kollege Blum Gelegenheit, in einer köhner Versammlung unserer dortigen Zählstelle das rastlose Streben und die aufopfernde Tätigkeit unserer Frau Benz zu bewundern; nichts ließ ahnen, daß der Gleichmacher Tod auch hier so schnell sein Opfer suchte. Frau Benz ist die Frau unseres langjährigen Kassierers Jos. Benz. Als der Krieg ausbrach und unser Kassierer zu den Waffen einberufen wurde, übernahm seine Frau die Kassengeschäfte. Kein Weg war ihr zu weit und keine Stunde zu spät, um die Verbandsinteressen zu wahren. Daneben waren sechs unmündige Kinder zu versorgen und übte die Proletarierfrau eine umfangreiche politische Tätigkeit aus. Insbesondere hat sie auf dem Gebiet der Kriegsfürsorge viel geleistet und war als erste weibliche Armenpflegerin der Stadt Köhn tätig. Eine Blutvergiftung setzte ihrem rastlosen Leben ein plötzliches und leider mit ihren 37 Jahren zu frühes Ende. So wie in der rheinischen Arbeiterbewegung, wird Frau Benz auch in unserer Verbandskreise stets im ehrenden Gedenden bleiben.

**Tornistereinfaßband aus Papiergarn.** Um Baumwolle zu sparen, ist für die Dauer des Krieges die Herstellung von Tornistereinfaßband aus Papiergarn zugelassen worden. Breite 20 Millimeter; Bindung: Leinwand; Garnart: Papiergrundgarn; Gesamtstfadenzahl: 88; Schußzahl auf 1 Zentimeter: 8; Kette: 8,5—9,5; Schuß: 8,5—9,5; Gewicht von 100 Meter: 675 Gramm; Ausrüstung: rohsackig, leicht kalandert. Beim Gewicht ist ein Einsparraum von + 10 Proz. erlaubt. Die Reißfestigkeit des Bandes soll bei 30 Zentimeter Einsparlänge rund 12 Kilogramm betragen.

**Eine neue dänische Ledererfaßindustrie.** Im technologischen Institut zu Kopenhagen wurden eine Reihe Versuche zur Herstellung dänischer Lederwaren aus Haifischhaut gemacht. Eine bedeutende Menge dieses Stoffes ist für die Versuche des Instituts zur Verfügung gestellt worden. Diese Haut war bisher nicht verwendet worden, da nur der Haifisch verwendet und die Häute fortgeworfen wurden. Man ist aber jetzt der Ansicht, eine ganz neue dänische Industrie schaffen zu können, und zwar durch Herstellung von Lederapparaturen, Notizbüchern und ähnlichem aus Haifischhaut, anstatt der weit teureren Alligatorhaut. Die Haifische haben sich bei den Versuchen als bequem zu verarbeiten erwiesen. Sie können leicht erweicht werden und sind für Farben aller Art sehr empfänglich. Wenn diese Versuche halten, was sie versprechen, ist Aussicht dafür vorhanden, die dänische Fabrikation von feineren Lederwaren selbständig zu machen und sie in den Stand zu setzen, mit den deutschen und französischen Gegenständen, die bisher den dänischen Markt beherrscht haben, zu konkurrieren.

**Vertrufung der dänischen Lederindustrie.** Die schon seit einiger Zeit geplante Vertrufung der dänischen Lederindustrie steht unmittelbar vor ihrer Verwirklichung. Der neue Trust wird zunächst fünf der größten Lederfabriken Danemarks umfassen, ein Kapital von 27 Millionen Kronen und einen Reservefonds von 11 Millionen Kronen besitzen.

**Soziales.**

**Sattelt der Arbeitgeber für die feinen Arbeitnehmern in den Betriebsräumen gestohlenen Sachen?** Sehr erheblich mehren sich die Fälle, daß ein trauriges Zeichen unserer Zeit — den Arbeitnehmern in den Werkstätten die Kleidungsstücke gestohlen werden. Sehr häufig erhebt sich deshalb die Frage, ob der Arbeitgeber verpflichtet ist, für solche Verluste Schadenersatz zu leisten. Im allgemeinen trägt er nun eine solche Lastung nicht, sondern nur, wenn ihm irgendwelche Schuld oder Fahrlässigkeit dabei nachgewiesen werden

kann. Das wird aber meist der Fall sein. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, Gelegenheit zum Unterbringen von Kleidungsstücken usw. zu beschaffen und die Einrichtungen auch so zu treffen, daß Diebstähle nicht möglich sind. Andernfalls liegt ein Verstoß gegen die im Verkehr erforderliche Sorgfalt vor, zu deren Beobachtung der Arbeitgeber nach § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet ist. Der Arbeiter kann nicht selbst Maßnahmen zum Schutze seiner Sachen treffen, er ist auf die vom Arbeitgeber getroffenen Einrichtungen angewiesen. Auf zweckentsprechende Maßregeln muß insbesondere der Inhaber eines größeren Betriebes bedacht sein, da in diesem die Diebstahlsgefahr besonders groß ist. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch das Gewerbegericht Spandau in einem Urteil vom 18. Februar 1918. Es hielt eine Kleiderablage, die während des Schichtwechsels längere Zeit offen stand und bei der die Wächter nicht darauf achten konnten, ob jeder nur seine eigenen Sachen nahm, für keine ausreichende Maßregel gegen Diebstähle. Es verurteilte deshalb die betreffende Firma zum Ersatz der einem Arbeiter dort entwendeten Kleidungsstücke. Es sind zahlreiche Möglichkeiten denkbar — so heißt es in der Begründung —, wie die Kleider der Arbeiter wirksam geschützt werden können. Es kann für jeden Mann oder für zwei bis drei Personen ein Schrank vorhanden sein, es kann wie bei den Theatern die Ueberbringung der Sachen gegen Marken erfolgen, es können die Gegenstände durch unten mit einem Vorriegelschloß verbundene Kette gesichert werden, wie es in der Universität Berlin geschieht usw. Die Kosten dürfe ein Unternehmer nicht scheuen, selbst wenn er mehrere Tausend Arbeiter beschäftigen sollte.

**Rundschau.**

**Der Einstellungszwang zugunsten der Kriegsschädigten** ist die umstrittenste Frage auf dem Gebiet der Kriegsschädigtenfürsorge. Sein Wesen besteht darin, daß sämtliche Arbeitgeber verpflichtet werden sollen, einen bestimmten Prozentsatz Kriegsschädigte bei sich einzustellen. Hier prallen die Klassen- und Interessengegenätze scharf aufeinander. Die Unternehmer versichern zwar, daß sie die Kriegsschädigten wieder einstellen würden, aber sie wollen dies nur als freiwillige Leistung auf sich nehmen. Die Arbeitnehmer und Kriegsschädigten betonen mit Recht, daß solche Freiwilligkeit Piaszo erleiden würde und der gesetzliche Zwang hier die einzige wirksame Lösung sei. Der Reichsausschuß der Kriegsschädigtenfürsorge hat kürzlich mit ganz knapper Mehrheit sich gegen den Einstellungszwang ausgesprochen. Nach dem „Correspondenzblatt der Generalkommission“ beruht dieses Abstimmungsergebnis lediglich auf dem Umstand, daß fast alle Vertreter der Arbeiter und Angestellten verhindert waren, an der entscheidenden Sitzung des Reichsausschusses teilzunehmen. Die jüngste Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften hat einmütig beschlossen, auch fernerhin für den gesetzlichen Einstellungszwang einzutreten.

**Bücherschau.**

**Zum 100. Geburtstag Karl Marx.** Am 5. Mai jährte sich der Geburtstag des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus zum hundertsten Male. Daher sind zwei Veröffentlichungen von besonderem Interesse, welche der Verlag für Sozialwissenschaft zu diesem Tage vorbereitete. M. Beer, der langjährige Londoner Vertreter des „Vorwärts“, hat ein Buch, „Karl Marx, sein Leben und seine Lehre“, beigelegt, das zweifellos eine Lücke ausfüllen wird. In knapper und dabei leichtverständlicher Form werden Marx' Vorläufer gewürdigt, seine Lehraufgaben und das Werden des Marxismus geschildert. Text und zahlreiche, im Tiefdruckverfahren hergestellte Abbildungen bringen dem Leser auch das private Leben von Marx, seine Familie, Freunde und nähere Umgebung näher. Die Erläuterungen der Marx'schen Lehren werden besonders willkommen sein. Preis des Buches broschiert 4 Mk., gebunden 5 Mk. „Karl Marx und die Gewerkschaften“ heißt ein weiteres Buch, das der Zentralarbeitssekretär Hermann Müller, der Verfasser der bekannten Geschichte der Lithographenbewegung, geschrieben hat. Müller gilt ebenfalls als ausgewählter Marxkennner. Seine Schrift ist gerade jetzt von größter Bedeutung, da die Gewerkschaften eine selbst von Marx nicht vorausgesehene Entwicklung genommen haben, obwohl seine Lehren nach wie vor den allergrößten Einfluß auf die gewerkschaftliche Bewegung Deutschlands haben. Das Buch kostet broschiert 2 Mk., gebunden 3 Mk. Verbe prächtig ausgestatteten Bücher zusammen werden, wenn vor dem 15. Mai bestellt, zum Vorzugspreise von 3,50 Mk. broschiert oder 7 Mk. gebunden von jeder Buchhandlung oder direkt vom Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68, geliefert. A. Damaische, „Geschichte der Nationalökonomie“, eine erste Einführung. 40—42. Tausend. Neunte erweiterte Aufl. Jena, Gustav Fischer, 1918. 2. Band. 400 Seiten. Preis 4,50 Mk.

Schicksalswende bedeutet diese Zeit für unser Volk. Neue Grundlagen müssen nach diesem Kriege geschaffen werden für unser Volksdasein. Da erkennen es die Besten in allen Berufen und Ständen als erste Pflicht, sich klar zu werden über die großen Wahrheiten der Volkswirtschaft, über die Lehren, die die einzige unbefestigte Meisterin, die Geschichte, über die Bedingungen des aufstiegs und des Verfalls der Völker gibt. Ihnen allen kommt die neue Auflage dieses Werkes zur rechten Stunde. Eindringlicher als jeber andere vermag es uns die staatsbürgerliche Bildung zu geben, die wir heute nötig brauchen. Sie bringt sie uns nicht in gelehrten trockenen Darlegungen, sondern in bluterfüllten Schilderungen von Zeiten und Männern, die vor uns in gleicher Lage waren wie wir. Wer dieses Buch gelesen hat, der weiß auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, was gut und böse ist, der hat sich selbst stark gemacht, in seinem Kreise in dieser großen Zeit seine Pflicht zu erfüllen. In 39 000 Exemplaren, d. h. in einem Maße, wie nie vor ihm im deutschen Sprachgebiet ein ähnliches Werk, ist es bereits verbreitet. Möge auch die Neuauflage ihren Weg finden zu vielen ehrlichen Freunden des deutschen Volkes.

**Adressenänderungen.**

Posen: Anton Godriewski, Luiseustr. 21, Hof 4.  
Ulm: Josef Kurz, Neu-Ulm, Friedenstr. 18.

**Storbetafel.**

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder aus Offenbach a. M.:

- Friedrich Fleck, 21 Jahre alt,
- Nikolaus Kollmer, 38 Jahre alt,
- Wilhelm Geiger, 21 Jahre alt,
- Karl Gunkel, 22 Jahre alt,
- Hans Krämer, 22 Jahre alt,
- Ernst Degen, 22 Jahre alt.

Hermann Weiersdorf, Berlin, 28 Jahre alt.

Hermann Schröter, Stettin, 34 Jahre alt.

Berlin. Am 8. Mai verstarb unser Mitglied, der Portefeuller Paul Weigel, im Alter von 21 Jahren.

Brandenburg a. d. H. Im Alter von 39 Jahren ist unser Mitglied Karl Engler verstorben.

Chemnitz. Am 30. April verstarb unser Mitglied Luise Köhler.

Magdeburg. Im Alter von 28 Jahren verstarb unser Mitglied August Rückert.

Offenbach a. M. Am 27. April verstarb unser langjähriges Mitglied, der Portefeuller Konrad Ebener, 72 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

**Ortsverwaltung Offenbach.**

Unsere Telephonnummer ist nunmehr 1979. Wir bitten dies beachten zu wollen.

**Die Ortsverwaltung.**

Wir suchen

**Nieter,**

der schon Tornister genietet hat.

**G. Leschen & Co.,**

Fabrik für Militärschuldenauslösung.

**Cöln-Nippes, Geldernstraße 48.**

**Tüchtiger Koffermacher**

sofort für dauernd gesucht.

**Berner & Steinmetz, Nürnberg.**

**Prima Lederwässer**

liefert

**Chemische Fabrik Köthen, Köthen-Anhalt.**

**Schaf-Spaltleder,**

Glacéleder-Abfälle, Kattun

tauft

**Mertens, Berlin, Waldemarstraße 19.**

Postkarte oder Fernsprecher Npl. 111 44.

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

# Sattler

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gepaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 21 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-  
straße 106 .: Telephon: Amt Morichplatz, 2120

Berlin, den 24. Mai 1918

**Inhalt. Beitragsleistung.** — Das alte Lied. — Die  
geplagene Regierung. — Noch weniger Brot! — Drohende  
Sonderbelastung der organisierten Verbraucher! — Be-  
trachtungen über die finanzielle Lage unserer Ortsverwal-  
tungen. — Korrespondenzen. — Aus unserem Beruf. —  
Mundschau. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 26. Mai bis 1. Juni  
1918 ist der 22. Wochenbeitrag fällig. Nur  
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche  
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert  
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-  
stützung aus Verbandsmitteln.

## Das alte Lied.

Wer mit einiger Aufmerksamkeit die Entwicklung  
der freien Gewerkschaften im allgemeinen und die  
unseres Verbandes im besonderen beobachtet hat,  
wird mit Vergnügen sich darüber freuen, daß die  
Schwarzseherei eines großen Teiles der Arbeiter-  
schaft bei Ausbruch des Krieges an die eiserne Mauer  
des Arbeiterwillens gescheitert ist. Wohl hat der  
Krieg das Gleichgewicht des Erwerbslebens in arge  
Schwankungen versetzt. Einer fast völligen Arbeits-  
losigkeit folgte eine Umstellung der Betriebe für den  
Kriegsbedarf mit Hochkonjunktur. Die zum Heeres-  
dienst Eingezogenen wurden durch Mädchen, Frauen,  
Jugendliche und schon längst als unbrauchbar Er-  
klärte ersetzt. Diese, leider nur wenig oder gar nicht  
vertraut mit den gewerkschaftlichen Gedanken, waren  
den Unternehmern willkommene Objekte. Trotz Hoch-  
konjunktur und für Friedenszeiten mächchenhaft hoher  
Kriegsgewinne wurden Löhne gezahlt, die mehr einem  
Almosen als einem wohlverdienten Entgelt für ver-  
kaufte Arbeitskraft anzusprechen waren. Auch in der  
Lederverarbeitungsindustrie, mit ihrer sagenhaft hohen  
Entlohnung waren und sind teilweise noch Löhne zu  
verzeichnen, die mehr als verbesserungsbedürftig sind.  
Hier ist unser Verband vor Aufgaben gestellt worden,  
die anfänglich fast unlösbar schienen. Anstatt mit  
1000 Militärsattlern mußte nun mit 70—80 000 Leder-  
ausstattungsarbeitern und -arbeiterinnen gerechnet  
werden. Wie Pilze schossen die „Frühlingsbetriebe“  
hervor. Im entlegenen Osten, so gut wie im Westen.  
In Berlin wie im Erzgebirge oder in Thüringen.  
Da kamen uns die jahrzehntelangen Bestrebungen  
zwecks Schaffung eines Reichstarifs zu gute. Was  
vorher nicht gehen wollte, der Kriegsbedarf hat es  
zuteil gebracht. Kaum ein halbes Jahr war ver-  
flossen, und schon stand der Reichstarif als Ganzes  
fertig da, die Unternehmer wurden durch die Be-  
hörden verpflichtet, seinen Bestimmungen nachzu-  
kommen. Aber wie alles in der Welt, und sei es auch  
das Beste, kann es nur denen dienen, die sich darum  
kümmern. So steht es auch mit der tariflichen Ent-  
lohnung. Wo die Arbeiterschaft auf dem Posten ist,  
wird nach Tarif entlohnt. Wo aber der Arbeiter-  
schaft der Bekanntheit fehlt, oder wo der Organi-  
sationsgedanke noch keinen Eingang gefunden hat,  
sieht es mit der Einhaltung des Tarifs noch trübe  
aus. Beispielsweise beträgt in vielen Orten Schlei-  
sien die normale Arbeitszeit noch täglich 12 Stun-  
den, bei freier Kost wird ein Wochenlohn von 11 M.  
bezahlt. In den übrigen östlichen Provinzen, im  
bayerischen Dörfchen, in Thüringen sieht es nicht viel

besser aus. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß  
in den Großstädten nun alles aufs Beste bestellt ist.  
Die Berichte der Schlichtungskommissionen geben nur  
ein kleines Bild von den tatsächlichen Zuständen.  
Einerseits werden gemeldete Mißstände durch Ver-  
handlungen zwischen Organisationsvertretern und  
Unternehmern beseitigt, andererseits sind sich die  
Arbeitnehmer ihres Rechtes nicht bewußt und ar-  
beiten zu den ihnen vom Unternehmer festgesetzten  
Preisen, die oft kaum der Hälfte der tariflichen Sätze  
entsprechen. Diese Tatsachen geben zum Nachdenken  
Anlaß und werfen die Frage auf, wie würde es erst  
in der Ausrüstungsindustrie ausschauen, wenn bei  
Beginn des Krieges jegliche Organisationsfähigkeit  
eingestellt, der Reichstarif nicht abgeschlossen worden  
wäre?

Aber auch in den anderen Zweigen unseres Ver-  
bandes, deren Kollegen nicht für den Kriegs-  
bedarf arbeitet, wurde durch Tarifverlängerungen  
und Feuerungszulagenbewegungen den Feuerungs-  
verhältnissen einigermaßen Rechnung getragen. Ge-  
meinen an diesen gewerkschaftlichen Erfolgen, müßte  
die Zahl unserer Verbandsmitglieder eine viel größere  
sein, als wie sie tatsächlich ist. Bis zum 31. Dezember  
1917 wurden über 82 000 Mitglieder aufgenommen,  
dazu der Bestand von 14 500 bei Kriegsausbruch  
ergibt nahezu 47 000 Mitglieder. Nach Abzug der  
zum Heere Eingezogenen verbleibt ein Sollbestand  
von 35 000 Mitgliedern. Tatsächlich zählte unser  
Verband aber nur rund 15 000 Mitglieder, d. h.  
20 000 Mitglieder sind nur durch den Verband ge-  
kauft, von denen doch nur ein kleiner Teil aus dem  
Berufe geschieden ist. Genaue Zahlen sind uns nicht  
zur Hand von denen, die der Gewerkschaftsbewegung  
noch fernstehen. Ein Mittel, diesen Uebelstand  
gänzlich zu beseitigen, gibt es nicht, auch hat noch  
niemand den Stein der Weisen entdeckt, vermöge  
dessen es möglich ist, alle im Berufe Tätigen ihrem  
Berufsverbande zuzuführen. Aber gebessert kann  
vielen Willens sind. Wir erkennen an, daß eine re-  
spektable Anzahl Kollegen, Werkstattvertrauensleute  
und Funktionäre, ihr Bestes daran gesetzt haben,  
Mitglieder zu gewinnen, sie aufzuklären und dau-  
ernd für den Verband zu erhalten. Der beste Agita-  
tor war aber stets der materielle Erfolg. Ist es  
einem Gauleiter oder Ortsvorsitzenden gelungen,  
einen Unternehmer durch die Schlichtungskommission  
zu verpflichten, hunderte oder gar tausende Mark  
Lohn nachzugeben, dann drängten sich die Kollegen  
und Kolleginnen zum Verband, sie stellten sich an,  
um einen Aufnahmeschein zu erhalten, wurde ihnen  
doch als Mitglied der Beitrag auf Jahrzehnte hin-  
aus durch die Lohnnachzahlung wieder eingebracht.  
Aber mit der Empfangnahme des Geldes erlosch auch  
das Interesse für den Verband. „Ja, wenn jede  
Woche, oder mindestens jeden Monat, der Verbands-  
leiter mit einer gutgepackten Brieftasche nach E.  
käme und jedem Anwesenden einhundert, zweihundert  
Mark und noch mehr auszahlte, dann lohnte sich  
jeder das Geschäft, dann hätte der Verband auch  
einen Zweck. Aber so, jetzt haben wir das Geld, der  
Unternehmer zahlt nach Tarif, warum also bei diesen  
teuren Zeiten noch Geld für den Verband ausgeben?“

Leider sind solche Gedanken und Aussprüche keine  
Phantasiegebilde, sondern bittere, harte Tatsachen!  
Bitter und hart, nicht weil der Verband wegen Fern-  
bleibens solcher Mitglieder zugrunde ginge, sondern  
bitter und hart, weil sich diese Art von Sparsinn  
an die Sparrer über kurz oder lang böß rächen wird.  
Denn der Verband ist nicht einzig und allein eine  
Lohnverbesserungsmaschine, die mit einem Beitrage  
geölt, immerfort bessere Tarife mit großen Lohn-  
zulagen auspeilt. In dem sozialpolitischen Arbeiter-  
programm, welches wir an dieser Stelle schon mehr-  
fach besprochen haben, verkörpern sich die jetzigen  
und späteren Aufgaben gewerkschaftlicher Organi-  
sationen. Auf diesem Gebiete werden schwere Kämpfe  
durchzuführen sein, aus denen die Partei als Sieger  
hervorgeht, die über die besiegten Truppen ver-  
fügt. Es wäre Selbstbetrug, sich in dem Gedanken zu  
wiegen, in der Arbeiterkraft ist es in diesem Punkte  
gut bestellt. Aus den oben angeführten Zahlen ist  
zu ersehen, wo es auch bei uns mangelt, obgleich wir  
sagen dürfen, unser Verband zählt in dieser Be-  
ziehung nicht zu den schlechtesten. Aber nicht ein-  
mal alle Mitglieder sind sich der Aufgaben bewußt,  
die sie zu lösen haben; ein gut Teil ist eben nur  
wegen einer hohen Entlohnung im Verbands, alle  
übrigen Fragen sind ihnen fremd.

Wie kann und soll nun hier gebessert werden?  
Aufklärung! lautet die kurz und bündige Antwort.  
Leichter gesagt, wie durchgeführt. Es fehlt nicht nur  
die Zeit, um frei zu sein, wie die Vögel sind, es  
fehlt auch die Zeit, um die Fülle des Aufklärungs-  
materials zu verdauen. Wer vom frühen Morgen  
bis zum späten Abend in der Fron steht, hat wenig  
Zeit, Versammlungen zu besuchen, belehrende Vor-  
träge anzuhören und aufklärende Schriften zu lesen.  
Demzufolge ist Gewinnung freier Zeit die Haupt-  
aufgabe der Gewerkschaften. So fest der Pythago-  
reische Lehrsatz in der Mathematik steht, so fest steht  
auch unser Lehrsatz: „Je kürzer die Arbeitszeit, desto  
höher der Lohn!“ Mit jeder Verkürzung der Arbeits-  
zeit, hebt sich auch automatisch die soziale Lage. Der  
Arbeiter gewinnt freie Zeit zum Lesen, zum Nach-  
denken. Er bekommt einen Einblick in das wirt-  
schaftliche Getriebe. Ist er nicht völlig stupide, so regt  
sich sein Geist. Er will mitschaffen, mitarbeiten für  
bessere, würdigere Zustände. Daher aber auch die  
Abneigung der Unternehmer, die Arbeitszeit zu ver-  
kürzen, den Sonnabendnachmittag frei zu geben, ohne  
die tägliche Arbeitszeit zu verlängern.

Auf dem Gebiete des Arbeiterrechts, des Arbeiter-  
schutzes, des Arbeitsnachweises, des Tarifwesens, der  
Schule, des Wohnungswesens ist noch sehr viel Auf-  
klärung nötig. Wer der Meinung ist, die Feindschaft  
gegen das gleiche und geheime Wahlrecht in Preußen  
beruht auf politischen Gründen, der befindet sich im  
Irrtum. Rein wirtschaftliche Momente sind es, die  
unsere Junfer und Industriepaschas dazu bewegen,  
die arbeitende Klasse von der Verwaltung in Reich,  
Staat und Gemeinde fernzuhalten. Aber gerade  
diese Erkenntnis muß jeden Arbeitnehmer veran-  
lassen, noch mehr wie bisher seines eigenen Glückes  
Schmied zu sein. Als Mittel zum Zweck dient unser  
Verband. Deshalb müssen alle in Sattlereien und  
Lederverwarendbetrieben beschäftigten Personen auch Mit-

glied des Verbandes werden, nicht nur Mitglied zum Beitragzahlen, sondern vollwertiges Mitglied zum Mitarbeiten. Um zu diesem Ziele zu gelangen, ist es notwendig, dort von neuem zu beginnen, wo wir vor dem Kriege aufgehört haben, d. h. Mitglieder zu gewinnen und sie planmäßig für den proletarischen Kampftag zu erziehen.

Die Arbeitererschaft eines jeden Betriebes muß es sich angelegen sein lassen, einen Vertrauensmann zu wählen. Dieser meldet sich bei der Ortsverwaltung. In regelmäßigen Zeitabständen treten die Vertrauensleute zu Sitzungen zusammen, besprechen die allgemeine Geschäftslage, Stüchtlöhne, überhaupt alles, was den Beruf und den Verband betrifft. Dadurch können nicht nur die an manchen Orten herrschenden Lohnunterschiede ausgeglichen werden, auch die Versammlungen werden für belebende Vorträge und fachliche Diskussionen frei gemacht, wodurch immer mehr Besucher herangezogen werden. Wo es an Referenten, hauptsächlich in kleinen Verwaltungsstellen, fehlt, muß ein Kollege beauftragt werden, irgendeine sozialpolitische Frage mit einleitenden Worten aufzuwerfen und durch Meinungsaustausch zu klären. Die Verbandszeitung und die darin empfohlenen Schriften liefern vorerst genügend Material.

Werden die Mitglieder so aufgeklärt, werden sie sich der gewerkschaftlichen Aufgaben bewußt, dann ist der Fluktuation am besten vorgebeugt. Scheiden viele der Neugewonnenen wieder aus unserem Verbandsverbande, so sind sie doch der allgemeinen Arbeiterbewegung nicht verloren gegangen. Was sie bei uns gesehen, gelernt und schließlich aufgebaut haben, werden sie dann, wenn auch in und für einen anderen Verband, nutzbringend anwenden und so der Allgemeinheit dienen können.

## Die geschlagene Regierung.

„Wie von einer Zaubergewalt sind die Schranken niedergefallen, die eine öde und dumpfe Zeit lang die Glieder des Volkes trennten, die Schranken, die wir miteinander ausgerichtet hatten, im Mißverstand, in Mißgunst und in Mißtrauen. Es ist wie eine Befreiung und eine Begeisterung, daß einmal dieser ganze Wust und Unrat hinweggefegt worden ist, daß nur noch der Mann gilt, einer wie dem anderen gleich, einer dem anderen die Hand reichend für ein einziges, für ein heiliges Ziel.“

Diese hoffnungsschweren Worte sind wirklich gesprochen worden in Preußen-Deutschland, nicht in märchenhafter alter Zeit, sondern am 2. Dezember 1914 im Reichstag, und zwar von dem Reichszangler Weismann Hollweg. Wären sie nicht dokumentarisch festgelegt, so jederzeit nachzulesen, im vierten Kriegsjahr würden nur ganz wenige Starkgläubige glauben, daß solche Worte vor einer kurzen, allerdings ungeheuer ereignisreichen Zeitpanne von dem höchsten deutschen Reichsbeamten und preußischen Ministerpräsidenten ausgesprochen — und mit „allseitigem Bravo“ aufgenommen worden wären.

Was ist aus der Stimmung, aus der jenes Bekenntnis zur Volksverständigung geboren wurde, geworden? Man braucht durchaus nicht zu den „fentimentalen Klagenweibern“ zu gehören, um zu bedauern, daß wir heute schon wieder, bevor noch der Krieg sein Ende erreicht hat, mitten in den ganzen Wust und Unrat der Vorkriegszeit hineingeraten sind. Unsere modernen Gewerkschaften sind Kampfbereinigungen, aber sie kämpfen doch nicht um des Kampfes willen, sondern waren und sind stets bereit, sich mit ihren Interessengegnern auf der Basis lokaler Anerkennung der Gleichwertigkeit zu verständigen. Nur wenn dies ausgeschlossen ist, wird zu dem äußersten gewerkschaftlichen Kampfmittel gegriffen. So bedeutete es auch keine Preisgabe unserer wirtschaftspolitischen Programms, als die Gewerkschaften, vor die Tatsache des Krieges gestellt, sich bereit erklärten, nach Kräften zum Schutze des von einer gewaltigen feindlichen Auslandsmacht bedrohten Gemeinwehns mitzuwirken, unbeschadet unserer der militärisch-imperialistisch schroff entgegengesetzten Auffassung vom dem Kriege. In dieser Zeit erkannte und bekannte der verantwortliche Leiter unserer Reichs- und Staatspolitik die unausweichliche Notwendigkeit, den Geist der Volksverständigung zu pflegen und zu festigen durch die Aufhebung aller administrativen und gesetzlichen Ausnahmemaßregeln gegen die Arbeiterklasse. Aus dieser Erkenntnis heraus ist auch sein Entschluß der Vereinfachung des elenden alten Wahlsystems, des preußischen Dreiklassenwahlrechts geboren. Das läßt die Begründung der Regierungsvorlage noch deutlich er-

fennen, obgleich sie reichlich spät, erst im vierten Kriegsjahr, das Licht der Welt erblickte.

Was ist aus der hoffnungsvollen Stimmung geworden? Ihr Befürworter, der Reichszangler Weismann Hollweg, ist von seinen bekannten Widersachern gestürzt worden, und zwar kurz, nachdem er seinen Monarchen zum Verschreien des geheimen, direkten und gleichen Wahlrechts für Preußen bewegen hatte. Dieser Ministersturz war auch eine symbolische Handlung. Bald ein Jahr nach der Veröffentlichung des königlichen Wahlversprechens haben die Väter aller Reformhindernisse in Preußen-Deutschland der Regierung ihre Wahlrechtsvorlage verjüngt und zerrissen vor die Füße geworfen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß der Reichszangler und Ministerpräsident, der die Notwendigkeit der Ausräumung des burlesken Wustes und Unrates offen bekannte, deswegen gestürzt worden ist, die grimmigen Anklagen der Wahlrechtsfeinde im preußischen Dreiklassenantrag gegen den intellektuellen Urheber der Wahlrechtsvorlage würden die Beweisstücke geschlossen haben. Und wie vor hundert Jahren die Reaktionäre die preußischen Reformminister kaltgestellt haben, so mußten die preußischen Wahlrechtsminister am 14. Mai 1918 als Geschlagene das parlamentarische Kampffeld verlassen. Es wurden geschlagen von den hochbeden Nachfahren der Widerfächer der Stein und Hardenberg — und von den schwerreich gewordenen Söhnen und Enkeln der bürgerlichen Revolutionäre, die im vormärzlichen Preußen genau so als „unreif“ von den burlesken „Gehelsten und Besten“ behandelt wurden, wie das jetzt den Arbeitern von den Erfahrenen des Selbstwahlrechts geschieht.

„Wenn sie nur mit einer Wimper zucken, sind sie verloren“, schrieb der Historiker Prof. Delbrück in seinen „Jahrbüchern“ kurz nach Veröffentlichung der Wahlrechtsvorlage den zu ihrer Vertretung berufenen Ministern ins Stammbuch. Er hat Recht bekommen. Auch in der dritten Lesung wurde das gleiche Wahlrecht, so wie es die Regierung verfaßt, mit 236 gegen 185 Stimmen abgelehnt! Und das, obgleich die Regierung sich zu „Eicherungen“ bereit erklärt hat, die faktisch eine eventuelle „radikale Mehrheit“ des Abgeordnetenhauses flüchtig zu machen geeignet wären, ganz abgesehen von der vorgesehenen „Ersten Kammer“, in der Großgrundbesitz und Großindustrie dominieren sollen. Mit dem Angebot dieser „Eicherungen“, die in der Regierungsvorlage nicht zu finden sind — also von der Regierung selbst nicht für „staatsnotwendig“ anerkannt wurden! — hat die Regierung schon mehr als mit „einer Wimper gezuckt“. Durch die von ihr zwischen der zweiten und dritten Lesung akzeptierten Zentrumsanträge soll auch die gegenwärtige, völlig veraltete Wahlweiseinteilung zum Vorteil der Landjunker beibehalten werden, bis eine Zweidrittelmehrheit anders beschließt; und überdies soll jedwede Verfassungsänderung nur dann gefehlich sein, wenn „in beiden Kammern“ eine Zweidrittelmehrheit dem zustimmt! Man denke: eine Zweidrittelmehrheit auch im „Herrenhaus“! Die Annahme dieser außerordentlichen Bindung der zukünftigen Gesetzgebung stand schon fest, trotzdem lehnten auch da noch die 236 Konservative, Freikonervative, Nationalliberale und Zentrumsleute das gleiche Wahlrecht ab. Sie wollten diese Bindungen und außerdem ein Pluralwahlrecht. Wären schließlich die volkrechtsfeindlichen Nationalliberalen, die zur dritten Lesung einen Dreistimmenantrag einbrachten, der mit 338 gegen 73 Stimmen abgelehnt wurde (weil er den Konservativen noch nicht plutokratisch genug war), nicht genötigt gewesen, um des geringen Rechtes ihrer politischen Reputation willen gegen den, von ihnen mitfabrizierten, Beschluß der Kommission und der zweiten Lesung zu stimmen, dann würde jetzt noch das Siebenstimmwahlrecht zur Annahme gelangt sein. So aber wurde auch dieses abgelehnt, mit 220 gegen 191 Stimmen. Nunmehr stand die geschlagene Regierung vor einem „Vakuum“, vor einem Loch in ihrer Vorlage, der jetzt das Kernstück, die Wahlrechtsvorschrift fehlt! Ein jammervoller Abschlus.

Als am 30. April der Kassioverwalter Mittelmeister und Abg. Graf v. Spee zu Beginn der zweiten Lesung „direkt von der Front“ kam und dreißig die Vertagung der Weiterberatung „bis nach Kriegsschlus“ beantragte, erklärte die Regierung erbot, im Falle der Annahme dieses Verschleppungsantrages würde sie sofort von dem „schärfsten Versammlungsmittel“, das ist die Auflösung, Gebrauch machen. Nachdem aber ihre Vorlage verjüngt und zerrissen war, sagte die Regierung im Rückzuge, sie würde nicht „auflösen“, sondern die Entscheidung des „Herrenhauses“ anrufen und dann, je nachdem das Verhandlungsergebnis und „die Kriegslage“ sei, zur Auflösung schreiten. Wenn die Auflösung am 30. April „tunlich“ war, warum nicht auch am 14. Mai? Wenn im Vorjahre die alldeutschen Weltkrieger die Auflösung des Reichstages unbedürftig der „schweren inneren Kämpfe“ fürmlich fordern konnten, warum verbot die „Rücksticht auf die

schweren inneren Kämpfe“ und „die Kriegslage“ jetzt die Auflösung des Landtages? Herr v. Heydebrand kreißt warum, aber auch noch viele andere Leute. Eine Annahme des gleichen Wahlrechts im „Herrenhaus“ ist ohne großen „Beizschub“ ausgeschlossen. Die „Verständigung“ mit der Landtagsmehrheit wird aber auch nur möglich sein, wenn die Regierung ihre Verträge tatsächlich preisgibt. Und sie hat es prinzipiell bereits getan, indem sie am 14. Mai erklärte, über eine Zusatzstimme für Wähler im Alter von mindestens 50 Jahren „würde sich reden lassen“!

Die geschlagene Regierung hat nicht nur mit „einer Wimper gezuckt“, sondern sie befindet sich im offenen Rückzug vor den Junkern und Junkerengenossen. Nach der Volkszählung von 1907 hatten von den männlichen Einwohnern Preußens im Alter von über 14 Jahren 20–21 Proz. das 50. Lebensjahr erreicht bzw. überschritten. In der industriellen und städtischen Bevölkerung aber ist diese Altersklasse weit geringer vertreten. Nach den Erhebungen der preußischen Gewerbeinspektion 1912 waren von je 100 Arbeitern 50 Jahre alt und älter: in der Textilindustrie 16,9, Holzindustrie 15,5, chemische Industrie 12,1, Zigarrenindustrie 10,7, Kleintextil- und Metallindustrie 9,7, Glasindustrie 9,4, Buchdruckerei 8,9, Eisengießerei 8,0, Maschinenindustrie 8,0, Großtextilindustrie 7,0. In der Großtextilindustrie des Regierungsbezirks Düsseldorf waren von je 100 Arbeitern in den Feuerbetrieben nur 4,77, in den Nichtfeuerbetrieben nur 6,32 genau 50 Jahre alt und älter. In der Bergbauindustrie stellten diese Altersklassen ebenfalls nur geringe Mengen dar. Tritt doch hier die Ganginalität schon im 50. Lebensjahr ein (Durchschnitt der preußischen Knappschafsgenossen): Und doch will die preußische Regierung über eine Zusatzstimme für die mindestens 50-jährigen „mit sich reden lassen“, glaubt anscheinend, oder tut doch, als wenn sie es glaube, eine solche Entrechtung der Industriearbeitermassen bewege sich immer noch „auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts“. Weil die Industriearbeiter sich frühzeitig abradern, in viel größeren Scharen als die übrigen Einwohner im Alter von noch nicht 50 Jahren hinterben, dafür sollen sie obendrein als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden! Diesen Faustschlag ins Gesicht könnte die Arbeiterklasse nicht ruhig hinnehmen. Die Gewerkschaften werden sich verpflichtet halten, diese Verschandelung des feierlichst versprochenen gleichen Wahlrechts „innerhalb gemessener Frist“ gebührend zu beantworten.

Warum tritt die von den Junkern und Junkerengenossen geschlagene Regierung nicht vom Schauplatz ihrer erfolglosen Tätigkeit ab, wenn sie jetzt die Auflösung des Landtages für „unmöglich“ hält? Die reaktionäre Presse schwelgt in wohnigem Hohn des Siegers. Nach den Ergebnissen mit der Tragikomödie des Wahlrechtsreformversuches, der Schachermacher mit den Volkrechtsfeinden und dem schon deutlich sichtbaren Rückzug der Regierung ist nicht einzusehen, was namentlich die gewerkschaftlich organisierten Massen für ein Interesse an dem Weiben dieser „Regierung“ haben könnten. Ihre Autorität ist zum Teufel, wenn der Rückzug dokumentiert wird, der burleske Junker hat sie dann vernichtet. Auch die sonstigen üblen Erfahrungen, die die Gewerkschaften im Laufe des vierten Kriegsjahres bezüglich der Reformfreudigkeit dieser „Regierung“ machen mußten, läßt uns wünschen, daß die „Sitzreduktoren“ abtreten und die Persönlichkeiten, die jetzt heimlich im Steuerhaus sitzen, vor aller Öffentlichkeit verantwortlich die leitenden Reichs- und Staatsämter übernehmen. Wir sind durch die Verhöhnung und Zerreißung der doch wirklich nicht „radikalen“ Wahlrechtsreformvorlage in eine innerpolitische Krise hineingeworfen worden, in der volle Klarheit darüber geschaffen werden muß, wer Koch und wer Keller ist. Die Arbeitererschaft muß verlangen, daß Harge stellt wird, welche hochmächtigen Kreise die schwere Verantwortung für die Wiedereinführung all des Wustes und Unrates tragen, der unser innerpolitisches Leben krank bis ins Mark macht, darum auch von verhängnisvollen Folgen für die außenpolitische Entwicklung werden muß. Die Gewerkschaften wissen am besten, wie sehr die einst hoffnungsvolle Volksstimmung „auf den Hund“ gekommen ist, weil die innerpolitische Reaktion wütet. Klarheit muß werden über den Weg, auf den wir gedrängt werden sollen.

## Noch weniger Brot!

Was schon seit Wochen gerüchtweise die Bevölkerung in begriffliche Aufregung versetzte und immer wieder amtlich demütiert wurde, tritt nun doch ein. Die ohnehin schon unzulängliche Bekantmachung von 250 Gramm pro Tag soll nach einer Veranlassung des Kriegsernährungsamts vom 16. Juni ab auf 200 Gramm pro Tag herabgesetzt werden. Denn anders ist es nicht zu denken, wenn es in dieser Bekantmachung heißt, daß ab 16. Juni eine Herabsetzung der Mehllieferung um 20 Proz. eintritt. Diese 20prozentige Verkürzung der Mehlration soll

dadurch gemildert werden, daß den Kommunalverwaltungen die Streckungsmöglichkeiten freigelassen werden sollen; trotzdem dürfte (abgesehen von den Städten, die wie Köln schon während des ganzen Jahres gespart haben) eine nicht unbeachtliche Verschlechterung der Gesamtnahrungslage herauskommen.

Trotz Ueberfluß von Verordnungen ist es der Kriegswirtschaft nicht gelungen, den Schleichhandel zu unterbinden und die Gesamtgetreidemenge so zu erfassen, daß die Selbstverjorger nicht wesentlich besser gestellt sind wie die tausenden, auf Rationen angewiesenen Konsumenten. Die schlechte Gasernte und mäßige Gerstenernte sowie auch die schlechte Raufuttererte habe naturgemäß dazu geführt, daß mancher Landwirt zur Erhaltung des stark verminderten Viehbestandes auf die Brotgetreidevorräte zurückgriff.

Die Zufuhren aus der Ukraine, die man frühzeitig und mit größeren Mengen erwartete, sind ausgeblieben bzw. laufen nur spärlich ein, so daß auch diese Hoffnung, mit der man stark gerechnet hatte, versagte. Gründe für die schlechte Augenblickslage gibt es eine ganze Menge, aber an dem Faktum der Verkürzung unserer wichtigsten Nation ist nichts zu ändern.

Der Bestand an Schweinen und Rindvieh ist infolge des Futtermangels rapid gemindert worden und andere vollwertige Ersatzlebensmittel sind nur spärlich vorhanden, darum kann nicht wie im Vorjahre der Ausfall an Brot durch erhöhte Fleischportionen ersetzt werden. Um der Bevölkerung diese bittere Pille einigermaßen zu verschüßen, soll eine Zufuhr von Zucker von 25 Gramm pro Tag und Kopf gegeben werden. Wir sind der Auffassung, daß noch genügend Kartoffelbestände vorhanden sind, um die wöchentliche Ration auf 10 Pfund zu erhöhen. Denn auf Schleichwegen zu Phantasiereisen sind noch Kartoffeln zu haben. Außerdem dürfte die günstige Witterung dazu beitragen, daß wir eher als im Vorjahre Frühkartoffeln bekommen. Auf jeden Fall müssen die Ernährungsbehörden es sich sehr angelegen sein lassen, dem deutschen Volke die durch die gekürzte Protration eintretenden Erschwernungen einigermaßen erträglich zu machen.

Die Reichsbehörden haben uns in der letzten Zeit mit dem Ostfrieden und dem, was wir zukünftig an Ernährungszufüssen von dort zu erwarten haben, den Mund reichlich wässrig gemacht. Ein Teil der Oststaaten muß zweifellos Nahrungsmittel an die Mittelstaaten ausführen. Wenn auch nur ein kleiner Teil von dem, was man uns versprochen hat, zu uns käme, dann müßte es in Zukunft gelingen, mit der einheimischen Ernte und mit den Ostzufuhren eine gefestigtere Basis für unsere Gesamt Ernährung zu schaffen. Wichtiger als die aus dem Osten kommenden Mengen erscheinen uns allerdings die Ernteergebnisse Deutschlands selbst. Alle Nachrichten deuten darauf hin, daß wir in diesem Jahre eine gute Ernte zu erwarten haben, so weit die Kriegsverhältnisse mit den erschwerten Anbaumöglichkeiten eine gute Ernte überhaupt zulassen. Dringend möchten wir aber wünschen, daß das Kriegsernährungsamt es versteht, die einheimische Ernte zukünftig besser als bisher zu erfassen, daß nun endlich energische und ausreichende Maßnahmen ergriffen werden, um eine Verfüllung des Brotgetreides zu verhüten, daß man dem Schleichhandel in wirkungsvoller Weise zu begegnen versteht und daß es durch eine verbesserte Organisation gelingen möge, eine einigermaßen gerechte Verjorgung des deutschen Volkes herbeizuführen. Die deutschen Arbeiter sind gewillt, nach Kräften mitzuwirken und haben durch ihre Mitarbeit in zahlreichen Reichsstellen und Instituten bewiesen, daß sie es nicht bei Worten bewenden lassen, sondern daß sie auch zu Taten bereit sind. Hinzuziehung der Verbrauchervertreter zu Ernteerhebungen und Bestandsaufnahmen, Hinzuziehung der Arbeiter zu den kommunalen Lebensmittelbehörden, Vertändigung mit den Arbeitern für alle wichtigen Maßnahmen und Neuregelungen, alles das sind Forderungen, die immer wieder erhoben werden müssen und deren endliche widerstandslose Durchführung verlangt werden muß. Das deutsche Volk war bisher bereit, alle Entbehrenngen zu tragen, die der Krieg und alle seine Folgen ihm auferlegt haben, es will sich aber durch die Mitarbeit und Information seiner Vertrauensleute davon überzeugen, daß die Lebensmittelbehörden alles tun, was möglich ist. Entbehrenngen zu ertragen ist jedermann bereit, wenn er weiß, daß alle deutschen Volksgenossen in gleichem Maße davon betroffen werden. Davon konnte bisher keine Rede sein, es muß auch bei dieser Gelegenheit wieder geordert werden, daß alles geschieht, um diese berechtigten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Wir wagen nicht zu hoffen, daß diese letzte Einschränkung die letzte unangenehme Ueberraschung für die deutschen Verbraucher ist, aber wir verlangen von den Behörden, daß alles geschieht, um unnötige Einschränkungen, denen vorgezogen werden kann, zu verhüten.

### Drohende Sonderbelastung der organisierten Verbraucher!

Zu § 8 der Vorlage betreffend Erhöhung der Umsatzsteuer haben die Abgeordneten Gothein und Genossen einen Antrag gestellt, wonach die Steuer für Umsätze im Kleinhandel gestaffelt werden soll, so daß sie von 100 000 Mk. Umsatz an mehr als 1/2 Proz. betragen wird, steigend bis zu einem vollen Prozent bei Umsätzen über 3 Millionen Mark. Würde der Antrag Gesetz, so wäre eine Ausnahmesteuer für alle Verbraucher geschaffen, die ihre Waren aus den Konsumvereinen beziehen, die meistens Umsätze über 100 000 Mk. jährlich, in vielen Fällen über 3 Millionen Mark jährlich erzielen. Die Mitglieder eines großen Konsumvereins würden, da die Steuer ohne weiteres zum Warenpreise zugeschlagen werden muß, unter Umständen doppelt so viel Umsatzsteuer zu tragen haben wie Leute, die ihren Bedarf in Geschäften beden, die unter 100 000 Mk. Umsatz erzielen. Die Steuer würde von der Einkaufersparnis, die sie durch rationelle Bedarfsdeckung im eigenen Geschäft erzielen, abgehen. Ein Konsumvereinsmitglied, das zum Beispiel in der Konsumgenossenschaft Berlin 1000 Mk. Umsatz macht und dafür 4 Proz. als Einkaufersparnis rückvergütet bekommt, würde von den 40 Mk. auf Grund des Antrags 10 Mk. einbüßen, während der Käufer in einem Zwerggeschäft nur 5 Mk. Steuer zu tragen hätte. Die gestaffelte Steuer bedeutet für ihn also die Konfiskation von 12 1/2 Proz. seiner Ersparnis. Die organisierten Verbraucher sollen also dafür bestraft werden, daß sie sich eine rationelle Warenbeschaffung geschaffen haben. Viele Zehntausende der Mitglieder gerade der von der geplanten Sondersteuer am härtesten betroffenen Großkonsumvereine sind Kriegervätern und Kriegervätern, die jeden Feinung Ersparnis bitter nötig gebrauchen, Hunderttausende sind Krieger, die nach der Heimkehr vom Schlachtfelde das Vermögen haben werden, zur Deckung der Kriegskosten mittels Umsatzsteuer doppelt so viel beizutragen wie der kriegsgewinnfrohe Heimkrieger, der des Konsumvereins nicht bedarf, sondern sich die Vorteile des Groß- und Warenkaufs selbst zu sichern vermag. Es ist gerade unglaublich, daß den Antragstellern diese ungeheure Konsequenz ihres Verlangens nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Um so nötiger ist es, mit allergrößtem Nachdruck gegen den Antrag Protest zu erheben und ihn unter allen Umständen zu Fall zu bringen, um der deutschen Gesetzgebung die Schmach zu ersparen, daß sie zu den unvermeidlichen Opfern, die der Krieg in Gestalt von Steuern fordert, durch Ausnahmegeetze die Armen und Vermitteln in höherem Maße beizutragen zwingen möchte als Reiche und Reichste. Der Antrag Gothein und Genossen ist ein Hoß auf alle soziale Gerechtigkeit und muß schleunigst abgetan werden.

### Betrachtungen über die finanzielle Lage unserer Ortsverwaltungen.

Die Anregung des Kollegen K ü n n i g e r - I l m in Nr. 17 unserer Zeitung betr. Erhöhung des Beitragsteiles für die örtliche Verwaltung hat bis jetzt nur wenige Kollegen veranlaßt, Stellung dazu zu nehmen. Daraus aber den Schluß ziehen zu wollen, diese Angelegenheit interessiere die Kollegenchaft nicht, ist falsch. Solange die straffe Zentralisation in den Gewerkschaften besteht, so alt ist auch das Bestreben, möglichst viel von den Beiträgen am Orte zu behalten, wohingegen die Zentralleistungen am liebsten ungeschmälert den ganzen Beitrag zugeführt haben möchten. Diese gegensätzliche Auffassungen haben auf den Verbandsgeneralversammlungen stets zu Kompromissen geführt. So wurde noch in München an Stelle des Beitragsfünftels beschlossen, von jedem Beitrage der männlichen Mitglieder können 10 Pf., von jedem Beitrage der weiblichen Mitglieder 5 Pf. für Verwaltungskosten und Agitation am Orte verbleiben. Werden die hieraus erzielten Einnahmen nicht verbraucht, so ist der überschüssende Teil an die Zentrale abzuführen. Ein Teil der örtlichen Verwaltungen ist mit dem ihm zustehenden Beitragsteil nicht ausgekommen, ein anderer Teil war in der Lage, einen Ueberfluß einzufenden. Diese beiden Gegenüberstellungen beweisen schon an sich, daß es nicht zweckdienlich ist, alle Verwaltungsstellen bezüglich des Beitragsteile gleichzustellen. Je kleiner die Zahl der Berufsangehörten am Orte ist, je besser diese organisiert sind, desto geringer sind auch die Ausgaben für Agitation und Verwaltung. In größeren und großen Städten mit Hinterland, wo die Beiträge regelmäßig durch Erheber eingeholt werden, wo das System der Werkstatberammlungen eine ständige Einrichtung ist, Arbeitsnachweise und Bibliotheken unterhalten werden, da wird das den Verwaltungen zustehende Beitragsteil nicht immer reichen, um so weniger, da die Kosten für Schreibmaterialien enorm steigen sind. Ein Ausweg bietet das Erheben von Lokalbeiträgen, deren Fonds neben der Bestreitung der Unkosten für Partelle, Se-

retariate und Gewerkschaftshäuser, Zuschüsse zu der Erwerbslosenunterstützung, auch zur Deckung des Fehlbetrages in den örtlichen Verwaltungskassen herangezogen werden muß. Gegen das letztere sträubt sich oft der Lokalegoismus. Kassierer und Revisionen achten mit Argusaugen, daß so wenig wie möglich, am liebsten gar nichts, von den Lokalbeiträgen für Agitation ausgegeben wird. Unsere Funktionäre sind der Ansicht, sowohl das Hauskassierersystem wie auch die Agitation am Orte liege im Interesse der Gesamtgenossenschaft; es müssen daher auch die Unkosten von der Gesamtheit, Zentralkasse, getragen werden. Hier sei beiläufig bemerkt, daß doch die regelmäßige Einziehung der Verbandsbeiträge und die Werbung neuer Mitglieder in erster Linie den Kollegen am Orte zum Vorteil dient. Denn je mehr Mitglieder einer Verwaltungsstelle angehören, je größer der Prozentfuß der Organisierten ist, desto größer ist auch ihr Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Kollegen haben also ein Interesse daran, möglichst selbst für die Bestreitung der am Orte entstehenden Unkosten aufzukommen. Die Zentralkasse durch Erhöhung der Beitragsteile zu belasten, ist nicht angängig. Die letzten drei Geschäftsjahre 1915/17 zeichnen sich dadurch aus, daß für Streiks so gut wie gar nichts ausgegeben wurde, die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung auch nur gering waren, dennoch von der dreijährigen Beitragsleistung im Betrage von 63,05 Mk. pro Mitglied 45,03 Mk. wieder verausgabt wurden, so daß der aus den Beiträgen erzielte Ueberfluß in den drei Jahren nur 17,75 Mk. pro Mitglied beträgt. Gerade dieser Umstand gab zur Erhöhung des Beitrages ab 1. Januar 1918 Veranlassung. Soll das dadurch zu erzielende Mehr wenn auch nur zum Teil, für örtliche Verwaltungsausgaben verwendet werden, so ist der gewollte Zweck verfehlt.

Die kommende Zeit wird ungeheure Ansprüche an die Hauptkasse stellen; da heißt es, sich wappnen, um gewappnet zu sein. Um aus dem Dilemma zu kommen, kann weiter nichts helfen, als daß die Kollegenchaft am Orte sich entschließt, höhere Lokalbeiträge zu leisten und der örtlichen Verwaltung Zuschüsse aus der Lokalkasse gewährt. Ein Verbandsstag, ob noch in diesem Jahre oder nach dem Kriege, wird die am Orte verbleibenden Beitragsteile nur dann erhöhen können, wenn die ordentlichen Beiträge entsprechend des Geldwertes geändert werden. Bis dahin muß sich jede Verwaltung selbst zu helfen suchen, am besten dadurch, daß sie eine Erhöhung des Lokalaufschlages in Vorschlag bringt. Die Mitglieder werden dem schon zustimmen. H. D.

### Korrespondenzen.

Berlin. In der ordentlichen Generalversammlung im Gewerkschaftshause am 14. Mai berichtete Kollege Schulze über das 1. Vierteljahr, wobei er zum Ausdruck brachte, daß infolge rückgängiger Geschäftslage der Arzrüstungsindustrie auch die Mitgliederzahl unseres Verbandes sich verminderte. Diese Tendenz dürfte sich auch in nächster Zukunft zeigen. Den Kollegen ist anzuraten, schon jetzt sich um Arbeit in den übrigen Zweigen unseres Berufes zu bemühen und in ihrem Wirkungskreis für Durchdringung des gewerkschaftlichen Gedankens zu sorgen. Es ist höchste Zeit, mit dem Wiederaufbau unserer Organisation zu beginnen und in allen Unterbranchen die im Frieden gewohnte Tätigkeit wieder aufzunehmen. Zu diesem Zwecke findet Mittwoch, den 29. Mai, im Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung der Lederwaren- und Reiseartikelbranche statt, zu der auch alle zurzeit in anderen Berufen tätigen Portefeuillier und Reiseartikelmacher geladen sind. Kollege Weyer war in seinem Vortrage der Ansicht, daß nicht nur die verminderte Arbeitsgelegenheit den Rückgang der Mitgliederzahl um 146 männliche und 184 weibliche verschulde, sondern auch die ab 1. Januar eingeführte Beitragserhöhung. Für die Hauptkasse wurden 26 366 Mk. vereinnahmt, wovon 18 543 Mk. in bar abgeführt werden konnten. Die Lokalkasse weist einen Bestand von 129 996 Mk. auf, das sind 7645 Mk. mehr als wie am Jahresschluß. Ungünstig schließt infolge der teuren Bureaubedarfartikel die Kasse der Berliner Ortsverwaltung ab. 600 Mk. mußten aus dem Fonds genommen werden; im 2. Vierteljahr wird diese Summe noch größer sein müssen. Die Lokalkasse und schließlich auch die Hauptkasse wird Zuschüsse leisten müssen, soll bei den geringen Beitragsteilen nichts in der Agitation versäumt werden. — Beide Berichte wurden debattelos entgegengenommen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf hielt der Geschäftsführer der „Volkshilfe“, Herr Müller, einen Vortrag über „Gewerkschaften und Volkshilfe“. In leicht verständlicher Weise legte Redner die Schäden der kapitalistisch geleiteten Volksversicherungen dar, zeigte an der Hand von Beispielen die Vorzüge der „Volkshilfe“ und empfahl den Gewerkschaftsmitgliedern für die gewerkschaftlich-konsumgenossenschaftliche Eingründung „Volkshilfe“ zu wirken und zu

werben. Versicherungsanträge werden im Bureau Engelshofer 15, Zimmer 20, angenommen.

Dresden. (C. 14.5.) Am 23. April fand im Volkshaus unsere Quartalsversammlung statt. Nach dem vom Vorsitzenden das Ableben der Kollegen Meinhardt, Böhme und Kugler bekanntgegeben und von den Anwesenden geehrt war, erstattete Kollege Eßner den Geschäfts- und Kassenbericht vom ersten Quartal. Bedner bemerkte, daß als größte Bewegung, welche im verfloffenen Quartal stattfand, der Abschluß des neuen Tarifvertrages in der Militär-effektenbranche bezeichnet werden kann. Trotzdem es gelungen ist, eine ganze Reihe von Tarifpositionen zu erhöhen, erregt es den Anschein, daß ein großer Teil der Kollegen nicht mit dem Ergebnis zufrieden ist. Die Hauptklage dabei ist wohl der Wegfall der Studentenermäßigung. Aus diesem Grunde besteht noch lange kein Anlaß, die Organisation anzugreifen und in der gröblichsten, niederträchtigsten Weise zu beschimpfen. Demgegenüber soll gesagt werden, daß von den Kollegen, die das für zweckmäßig halten, aus eigener Initiative noch nie etwas getan wurde, sondern stets die Organisation es gewesen ist, welche Verbesserungen durchgeführt hat. Wenn der Tarif nicht bestände, würde es zweifellos anders aussehen, gibt es doch eine ganze Anzahl Betriebe, wo heute noch die tariflichen Bestimmungen umgangen werden und nicht voll zur Auszahlung gelangen. Daß die gegenwärtig bestehenden Löhne nicht den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht werden, muß jeder einsehen, und trotzdem wird von dem Unternehmertum ständig versucht, dieselben abzubauen. Daraus, daß die Unternehmer es verstanden haben, sich gut zu organisieren, was sich besonders bei den Beratungen des neuen Tarifvertrages gezeigt hat, sollten die Kollegen die erforderlichen Schlüsse ziehen und den letzten Kollegen und die letzte Kollegin von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen, um den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen geschlossenen entgegenzutreten zu können. Bedner bespricht noch Punkte des Tarifs, worüber noch Unklarheiten bestehen, besonders die Spezialisierung des Tornisters und der Patronenmacher. — Der Kassenbericht sowie die Mitgliederbewegung können als günstig bezeichnet werden. Über 8000 Beitragsmarken konnten im verfloffenen Quartal verkauft werden, die Höchstsumme, welche bisher zu verzeichnen war. An die Hauptkasse wurden 4000 Mk. gesandt. In der darauffolgenden Debatte stellte und begründete Kollege Ullig den Antrag: zur Stärkung der Lokalkasse einen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Woche einzuführen bzw. die Beiträge um die gleiche Summe zu erhöhen. Dieser Antrag fand noch nicht genügend Unterstützung und wurde dem Vorstand zur Weiterberatung überwiesen. Einstimmig angenommen wurde der Antrag der Redatoren, dem Geschäftsführer Entlastung zu erteilen. Nachdem noch die Wahl eines stellvertretenden Kassierers erledigt war, schloß der Vorsitzende die von 200 Personen besuchte Versammlung.

Magdeburg. (C. 16. 5.) Am Mittwoch, den 8. Mai, abends 8 Uhr, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Zum 1. Punkt erhielt Kollege Weinschild-Berlin das Wort zu seinem Referat: „Die Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften“, welches 1 1/2 Stunden in Anspruch nahm. Wenn auch das Ende des schrecklichen Krieges noch nicht absehbar ist, so müssen wir aber jetzt schon alles daran setzen und gut vorarbeiten, damit auch wir zum Kampf gerüstet sind. (Mit geistigen Waffen.) Wenn auch durch Nachlassen der Arbeiten für den Heeresbedarf, eine große Zahl von Kolleginnen entlassen werden und unserem Verbands verloren gehen, so müssen sie sich gleich der Organisation wieder anschließen, wo sie ein Unterkommen finden. Reicher Beifall wurde dem gehaltenen Referat entgegengebracht. Eine Diskussion fand nicht statt, aber der Vorsitzende legte es allen nochmals ans Herz, in dieser schweren Zeit fester zusammenzuhalten, damit auch wir einer besseren Welt entgegengehen. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde zunächst der Bericht vom Kollegen Weinschild erstattet über die Verhandlungen bei der Firma Otto Schöne. Hier waren wieder Differenzen ausgebrochen. Selbige waren in einer Werkstattung am 7. Mai besprochen worden und eine Kommission dem Kollegen Weinschild zugeteilt. Diese konnte dann am Mittwochnachtsmittag verhandeln. Es wurde nun zum Vorteil aller auch dieses mit etwas Zwischeneffekt erledigt. Auch beklagten sich die Kollegen von Krupp, daß das Schreiben, welches Kollege Busch feinerzeit der Direktion übermittelte hatte, noch nicht zur Geltung gekommen ist, wegen der vielen Lohnstufen, wie sie dort noch üblich sind. Auch wurde von verschiedenen Rednern noch manches vorgebracht, ebenso die erste Klage vor unserer Schlichtungskommission, wo keiner vom Vorstand ebensowenig von den betreffenden Kolleginnen der Firma G. Wolters mit hinzugezogen war. Zum Schriftführer wurde der Kollege Adolf Wape gewählt.

Aus unserem Beruf.

Die nächste Zentraltarifamtssitzung für das Bederausrüstungsgewerbe findet Montag, den 10. Juni statt.

Rundschau.

Kampf gegen die Gewerkschaften. Die an einigen Orten sich bemerkbar machenden Bestrebungen Unverantwortlicher, politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisationen zu schaffen, gaben der Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Veranlassung, sich mit folgender Bekanntmachung an ihre Anhänger zu wenden:

„Die Gewerkschaftsbureaucratie hat dadurch, daß sie sich politisch als Helfershelferin der Regierungspolitik betätigt, eine starke Mißstimmung in Gewerkschaftskreisen hervorgerufen.“

Vielfach wird darüber geklagt, daß Gewerkschaftsführer selbstherrlich auftraten und die Selbständigkeit der Mitglieder mißachteten.

Die dadurch erzeugte Unzufriedenheit der Mitglieder darf aber nicht dazu führen, den Gewerkschaften den Rücken zu kehren und neue Gewerkschaften zu bilden. Die Mitglieder haben vielmehr innerhalb der bestehenden Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften auf eine gesunde Grundlage gestellt und mit sozialwirtschaftlichem Geist erfüllt werden.“

Dieser Aufruf hat nicht den Beifall der Ueberabtritalen gefunden, die sich in der Bremer „Arbeiterpolitik“ austoben. Dieses Blatt schreibt in seiner Nummer vom 20. April:

„Eine Partei, die ihre Taktik nicht auf die Interessen der fortgeschrittensten Arbeitergruppen einrichtet, ist zur Schwäche und zum Bankrott verurteilt. Unsere Taktik arbeitet der Entwicklung in die Hände. Da die Einheitsorganisation die wirtschaftlichen Kräfte der Arbeiter zusammenfassen will, und da eine Weiterentwicklung der heutigen Gewerkschaftsbewegung ausgeschlossen ist, so geht der Weg zur Einheitsorganisation über den Kampf gegen die Gewerkschaften. Auch da haben die Unabhängigen versagt. Die ängstlichen Versuche sind im Anfangsstadium steckengeblieben. Konnte man noch vor Jahresfrist der Meinung sein, daß dieser Kampf während des Krieges wegen des vollkommenen Stillstandes der wirtschaftlichen Bewegung aus schließlich sei, so haben die letzten Streiks den Besetzungszustand in Gang gebracht. Die Enttäuschung über das Versagen und den Verrat der Gewerkschaften muß man mit allen Kräften und jeder Aufklärung über die Einheitsorganisation ausnützen. Die Parole heißt: Heraus aus den Gewerkschaften, die zu einem Semisubjekt der Arbeiterbewegung und zu einem Mittel des Verrats geworden sind. Zugleich sind in den Betrieben die Anhänger der Einheitsorganisation zusammenzufassen und Vertrauensleute zu wählen. Dieser Aufbau der Organisation von unten ist der natürlichste. Er wird Früchte tragen, wenn nur mit Energie ans Werk gegangen wird.“

Wenn es das Ziel der Entwicklung wäre, aus der Arbeiterbewegung einen großen Trümmerhaufen zu machen, dann könnte man zugeben, daß die bremische Taktik dieser Entwicklung kräftig in die Hände arbeitet. Die Bremer Querköpfe, die alles zerstören wollen und bei den Gewerkschaften beginnen möchten, machen sich um die Bestrebungen der Unternehmer sehr verdient. Es gehört wirklich nicht viel Einsicht dazu, um zu erkennen, wie notwendig starke Gewerkschaften gerade für die Zeit der Uebergangswirtschaft sind. Wer statt dessen den Kampf gegen die Gewerkschaften predigt, brandmarkt sich dadurch selbst als Schädling der Arbeiterbewegung und Förderer der Unternehmerinteressen. Mit solchen Leuten ernsthaft zu diskutieren, lohnt nicht der Mühe. Es genügt, ihre Phrasen niedriger zu hängen.“

Schein und Wirklichkeit. Das alberne Geschwätz über die hohen Löhne der Arbeiter erfährt eine treffliche Beleuchtung durch eine Aufstellung, die ein Bergarbeiter über die noch vor zwei Jahren üblichen Preise für Familienbedarfsartikel angefertigt hat, fußend auf genauen Umfragen in den Geschäften und bei Verbrauchern. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ gibt daraus folgende Vergleichszahlen.

Table with 3 columns: Item, 1916, 1917, 1918. Rows include Arbeitschuhe, Sonntagschuhe, Arbeitsanzug, Sonntagsanzug.

Die Preise sind also im letzten Jahr am gewaltigsten gehiebert worden. Für unentbehrliche Bedarfsartikel müssen heute mindestens 300 Prozent mehr gezahlt werden als vor dem Krieg. Ein anderer Arbeiter, der im Januar 1918 heiratete, hat nach seiner Angabe folgende Preise in einem Möbelgeschäft zahlen müssen:

Table with 3 columns: Item, Price before war, Price now. Rows include Bett, Kochherd, Stuhl, Leintuch.

Selbst Kartoffeln haben heutzutage einen dreifach höheren Preis als in Friedenszeiten, von den Kartoffeln ganz zu schweigen, die im Schleichhandel zu zehnfach höheren Preisen als in Friedenszeiten erworben werden. Mit vollem Rechte haben auch die christlichen Gewerkschaften jüngst in der bürgerlichen Presse erklären lassen: „Es kommt bei Verteilung der Lohnhöhe doch zunächst auf die Kaufkraft des Geldes an. Und da muß berücksichtigt werden, daß die Preise für die rationierten Lebensmittel im Durchschnitt um 120 Prozent gestiegen sind; daß Arbeitsanzüge und Wäsche um 700 Prozent, Schuhe und Kleider um 200 bis 500 Prozent teurer wurden. In ähnlichem Maße reihen sich die Preise für die übrigen Bedürfnisse des Arbeiterhaushalts, soweit sie überhaupt zu haben sind, an.“

Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder:

- Georg Weber, Grünberg i. Schlesien, 26 Jahre alt. Heinrich Köster, Hamburg, 27 Jahre alt. Bruno Oskar Reiske, Dresden, 27 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Verwaltungsstelle Berlin.

Portefeulles- und Reiseartikelbranche! Am Mittwoch, den 29. Mai 1918, abends 8 Uhr

Branchen-Versammlung

im Saal I des Gewerkschaftshauses, Engelshofer 15.

Tagesordnung:

- 1. Wie wird der neue Vertrag von den Fabrikanten erfüllt? 2. Der Ausbau der Organisation. 3. Branchenangelegenheiten.

Von allen zurzeit in der Portefeulles- und Reiseartikelbranche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen, besonders von den Heimarbeitern, wird ein vollgültiges Erscheinen in dieser Versammlung erwartet. Ferner laden wir hiermit auch unsere ehemaligen Mitglieder der Portefeulles- und Reiseartikelbranche, soweit sie jetzt auf Militärarbeit beschäftigt sind, zum Besuch dieser Versammlung ein.

Die Ortsverwaltung.

Ortsverwaltung Offenbach.

Unsere Telefonnummer ist nunmehr 1970.

Wir bitten dies beachten zu wollen.

Die Ortsverwaltung.

Tüchtiger Koffermacher

sofort für dauernd gesucht. Berner & Steinmetz, Nürnberg.

Jeder Sattler,

der durch Herausgehen der Ahleisen bei schwerer Arbeit Nerverg und Zeitverlust hat, lasse sich von mir eine Probeable kommen, welche alle Fehler beseitigt und mit welcher es eine Freude ist, zu arbeiten.

Zu beziehen durch Karl Schiller, Stuttgart, Luisenplatz 6.

Prima Lederschwärze

liefert Chemische Fabrik Köthen, Köthen-Anhalt.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franco.